

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.00 M. jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M. pro Monat, für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Abendblatt außer Montags.

**Die Inserations-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stehende Anzeigen und Schließzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 24. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Liberale Arbeiterfreundschaft.

Die „Berliner Morgenpost“, das verbreitetste Blatt Deutschlands, unterscheidet sich von der „unparteiischen“, das heißt in Wirklichkeit meist unerblickt reaktionären Klatschpresse durch ihre entschiedene „freisinnig-demokratische“ Schutzhaltung. Der Besitzer dieser Annoncenplantage weiß, daß man dem Philister durch Maßhalten am meisten imponiert. Deshalb die oppositionelle Haltung des Blattes, das in dieser Gestalt ein Pendant zu dem Scherlschen „Lokal-Anzeiger“ bildet. Spekuliert Scherl mehr auf die Leser aus der besitzenden Klasse, so die „Morgenpost“ auf die unzufriedenen Kleinbürger, Unterbeamten und solche Arbeiter, denen zwar der Scherlsche Klatsch aus der „Gesellschaft“ zuwider ist, die aber noch nicht einsichtig genug sind, zwischen ernsthafter politischer Aufklärung und Aufstachelung und jenem launegiekernden oppositionellen Getöse zu unterscheiden, mit dem die Firma Ullstein ihre Annoncengeschäfte rentabel zu gestalten versteht.

Der wahre Charakter der demokratischen „Morgenpost“ tritt freilich jedesmal dann hervor, wenn es sich für das Blatt darum handelt, in einem konkreten Falle seine sonst so marxistischerisch zur Schau getragene „Arbeiterfreundschaft“ zu betätigen. In solchen Fällen klappt das Blatt regelmäßig zusammen. Man würde ja gern den Arbeitern recht geben — aber man darf es auch mit den bürgerlichen Lesern nicht verderben. Deshalb muß diplomatisch labiert werden — ja unter Umständen schwingt sich dann das Blatt selbst zu einer Stellungnahme gegen die Arbeiter auf.

So jetzt bei der Bauarbeiteraufsperrung. Hier offenbart sich die wahre Gesinnung des „demokratischen“ Blattes.

Auch der „Vorwärts“ hat ja seinerzeit die Bauarbeiter gelobt, es zum Konflikt kommen zu lassen. Freilich nicht, weil er an dem guten Recht der Arbeiter den Bauherren gegenüber gezwisselt hätte. Nein, dieser Unternehmerkategorie gegenüber haben die Arbeiter jezuamal recht! Der „Vorwärts“ zweifelte nur daran, daß die Situation für einen Kampf so günstig sei, um einen Sieg der Arbeitnehmer zu verheißen!

Die Bauarbeiter beurteilten die Lage anders. Sie glaubten den Kampf aufnehmen zu sollen. Sie stehen jetzt im Kampf. Und da ist es Pflicht jedes Blattes, das ihre Sache für eine gerechte hält, sie jetzt gerade mit doppelter Energie zu unterstützen. Die „Arbeiterfreundliche“, „demokratische“ „Morgenpost“ hält es gerade mit der umgekehrten Taktik. Sie stellt sich auf die Seite des Unternehmertums, des vermeintlich Stärkeren. Sie verunglimpft die Bauarbeiter, sie stellt sie nicht nur als einsichtslose Starrköpfe, sondern auch als Marionetten eines radikalen Draufgängeriums hin, das sie in den Kampf hineingetrieben habe. Was aber allem die Krone aufsetzt, ist die sittliche Entrüstung der „Morgenpost“ darüber, daß nicht die Leiter der Bauarbeiterorganisationen ihre Organisationen schände im Stich gelassen, dadurch eine allgemeine Desorganisation provoziert und dem Unternehmertum einen leichten Sieg in die Hände gespielt haben!

Die „Morgenpost“ schreibt:

„Wenn eine verzungerte und verzweifelte Arbeitermasse ihren Führern nicht mehr gehorcht, so kann man das begreifen; bei den Bauarbeitern kann aber von Hunger und Verzweiflung nicht die Rede sein, sondern bei ihnen ist der starre Doktrinarismus die Triebfeder einer Aktion, die von den Führern als völlig verfehlt bezeichnet worden ist. . . . Der jetzt entbrannte Kampf im Baugewerbe weist die Gewerkschaften in der allgemeinen Wertschätzung wieder um ein gutes Stück zurück.“

Daran ist aber nichts anderes schuld, als die unverantwortlichen Einflüsse, die von Seiten der gewerkschaftsfeindlichen Gruppen auf die Mitglieder der Gewerkschaften ausgeübt werden. Jahrelang sagt ein unfruchtbarer Radikalismus an dem gesunden gewerkschaftlichen Gedanken, daß man auch auf Grund der bestehenden Verhältnisse weiterkommen könne, die Arbeit der Gewerkschaften wird als Sisyphusarbeit discreditiert, der oft notwendig werdende Kompromiß als feige Konzession an die „Bourgeoisie“. Dagegen spukt in den Köpfen die marxistische Theorie, daß alles mit einem Schlag sich wenden werde, sowie nur der Mann der Arbeit aufgewacht sei und seine Macht erkannt habe. Auf diese Art sind Stimmungen großgezogen, gegen die die verantwortlichen Führer der Bauarbeiter nicht aufkommen; und wenn schließlich Männer wie Bebel und Singer gleichfalls vergeblich zum Frieden geraten haben, so will das eben nichts anderes besagen, als daß sie die Geister, die sie riefen, nicht los wurden. . . .

Herr Silberschmidt und seine Leute haben sich an dem höchsten Willen kein gutes Beispiel genommen. Sie hätten demissionieren und so die unverantwortlichen Ratgeber eine Suppe auslöffeln lassen sollen, vor der ihnen graut. Statt dessen geben sich die alten Führer dazu her, mit ihrer Verantwortung alle Folgen zu bedenken, die ein von ihnen als verheißenes Beginnen nach sich ziehen kann, auch die große Niederlage, mit der sie nach dem Stände der Dinge rechnen müssen und von vornherein gerechnet haben und erscheinen überdies im Richte einer Doppeltzüngigkeit, die man ihnen schließlich von beiden Seiten vorzürden wird.“

Wir wollen den Widsinn dieses Geschreibsels nur kurz abtun. Der Schwanz von der Sisyphusarbeit ist längst als Mißverständnis abgetan — gerade deshalb aber wird es von dem „Arbeiterfreundlichen“, „demokratischen“ Organ wieder mit schmeichlerischem Behagen nachgeplappert. Aber davon abgesehen: welche Logik steckt hinter der läppischen Behauptung, der Radikalismus habe die Bauarbeiter in den Kampf getrieben! Derselbe Radikalismus, der stets auf die wachsende Schwierigkeit der Gewerkschaftskämpfe hingewiesen, der stets vor einem gewerkschaftlichen Optimismus ge-

warnet hat! Wäre es nicht viel logischer, die zuversichtliche Stimmung der gewerkschaftlich organisierten Massen auf das vielleicht nicht ganz begründete Selbstbewußtsein zurückzuführen, das durch das gewaltige Wachstum der Gewerkschaftsorganisationen selbst ausgelöst worden ist?

Aber sei dem wie ihm wolle. Die Verdächtigung des den Ullstein-Leuten begreiflicherweise unsympathischen Radikalismus würden wir noch passieren lassen. Anders liegt es schon mit der Beschimpfung der Ausgesperrten inmitten des Kampfes. Das schlimmste und kennzeichnendste für diese Ullstein-Demokraten ist aber das Bedauern, daß die Silberschmidt und Genossen nicht im Augenblick des Kampfes desertiert sind und den Unternehmern das Spiel erleichtert haben!

Die Motivierung dieses frommen Wunsches ist das denkbar törichteste, das sich denken läßt. Die Leiter der Gewerkschaft, die demokratisch Erwählten einer Arbeiterorganisation werden verglichen mit dem Günstling des persönlichen Regiments, Bernhard Willow! Wie dieser vom Schauplatz abtreten müßte, wenn sich die Mehrheit des Volkes gegen seine Politik erkläre, so müßten auch die Leiter einer Gewerkschaft abtreten, wenn ihre taktischen Ratschläge nicht beachtet würden! Als ob sich nicht ein solcher Wahlschick gegen das ganze volksfeindliche Regime des Reichstanzlers richte, während die Bauarbeiter gerade während der Verhandlungen über den Streik den betreffenden Führern trotz der momentanen Meinungsdivergenz wegen ihrer Gesamttätigkeit das volle Vertrauen ausgesprochen haben! Demokratische Führer, gewählte Leiter sind eben keine Autokraten, sie haben sich dem Willen der Gesamtheit zu fügen! Sie sollen nicht zurücktreten, sondern den Willen der Gesamtheit respektieren! Zumal aber während des Streikes, wo ein Rücktritt nichts anderes als eine Desertion, ein Verrat wäre!

Solche Desertion, solchen Streikverrat aber mietet die „demokratische“ „Morgenpost“ den Leitern der Bauarbeiter-Organisation zu!

Es ist nur erfreulich, daß das Ullstein-Blatt so seine innersten Ansichten offenbart hat. Die Arbeiter, die ein solches Blatt trotzdem noch ferner durch Abonnement unterstützen, machen sich zum Mitschuldigen der von diesem Blatte verherrlichten Verrätertätigkeit!

## Die Berliner Polizei für den Zaren!

Die große Aktion der Petersburger Polizei gegen die russische Sozialdemokratie, für die das angebliche Komplott gegen den Zaren den Vorwand liefern mußte und leider die Rechte der Dumamitglieder schnöde unter die Füße gestampft wurden, hat anscheinend auch die Berliner Polizei zu einer gewaltigen Tat für den Zaren begeistert. Nur daß sie, in Ermangelung anderer Materials, harmlose russische Gäste zum Ziel ihrer Tatkraft wählte. Berlin ist am Donnerstag der Schauplatz einer großen Razzia gewesen, einer großen Polizei-Razzia auf Russen! Die russischen Gäste in Berlin waren für einige Stunden vogelfrei! Ein Massenaufgebot von Polizisten war in fieberhafter Tätigkeit, die Räume des Polizeipräsidiums füllten sich mit russischen Gefangenen, als ob die Berliner Polizei eine Filiale der Petersburger wäre. Wieviele der Verhafteten noch jetzt in den Räumen am Alexanderplatz unfreiwillig verweilen, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Ueber die Vorgänge des Tages wird uns berichtet:

Berlin, den 23. Mai 1907.

Heute früh 9 Uhr wurde der Vorsitzende der sogenannten Russischen Leschalle Berlin, Artilleriestr. 7, der Student der Medizin Umanstsch, sowie die unerblickliche Wamina in ihren Wohnungen verhaftet. Das gleiche geschah gegen 11 Uhr mit dem Studenten der Medizin Seidenberg in seiner Wohnung. Die drei Genannten sind russische Staatsangehörige. Zwischen 11 und 12 Uhr mittags erschienen sodann 8 Personen in Zivil in den Räumen der Leschalle und veranstalteten auf die dort befindlichen — zumeist Russen — eine förmliche Razzia. Von jedem einzelnen wurde eine Legitimation verlangt; wer sie nicht vorweisen konnte, wurde verhaftet, ein Schicksal, dem etwa 7 Personen verfielen, darunter die Verwalterin der Leschalle, Fräulein Henning. Einem Anwesenden, der von den 8 Personen einen Hinweis verlangte, wurde dieser rundweg verweigert. Er wurde zudem, unter einer gleichzeitigen böhmischen Bemerkung zur Polizeiwache geführt, von wo er, da er sich zu legitimieren vermochte, nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurde. Die Beamten, denn um solche hat es sich allem Anschein nach gehandelt, verweigerten überhaupt jegliche Legitimation und waren nichts weniger als höflich; packten zum Beispiel einen Anwesenden, der sich nicht mit der verlangten Geschwindigkeit legitimieren konnte, grob an der Brust usw.

Die Beamten nahmen außerdem — gleichfalls ohne sich zu legitimieren — eine Durchsuchung der Leschalle vor, bei der sie nur harmlose Sachen vorfanden. Inbesonnen wurde eine große Menge von Büchern, die zur Bibliothek gehören und völlig unverständlichen Inhalts sind, beschlagnahmt und mitgenommen. Die Beamten haben es unterlassen, über die von ihnen mitgenommenen Bücher Quittungen anzusetzen. Das Wohnzimmer des Fräulein Henning wurde durchstöbert und unverschlossen in größter Unordnung gelassen, so daß der gesamte, in dem Zimmer befindliche Besitz der Betroffenen jedem unredlichen Griff ausgesetzt blieb. Die Verhafteten Umanstsch, Seidenberg und Wamina, von denen die beiden ersteren bei der hiesigen Universität immatrikuliert sind, die dritte, soweit bekannt, als Zahnärztin tätig ist, sind im Besitze von hinreichenden Ausweispapieren. Fräulein Henning ist seit etwa 2 Jahren der

hiesigen Polizei gemeldet und natürlich auch im Besitze eines ordnungsmäßigen Passes. Das muß der Polizei genau bekannt sein. Dennoch wurde Fräulein Henning verhaftet; vielleicht nur um deswillen, weil sie ihren Pass im Augenblick verlegt hatte, eine Tatsache, die einen solchen Eingriff der Polizei aber unter keinem Gesichtspunkte rechtfertigen kann, da, wie bemerkt, Fräulein Henning der Polizei seit geraumer Zeit aufs genaueste legitimiert ist.

Erwähnung verdient auch, daß Zweien von den Anwesenden, die sich als Fabrikarbeiter zu legitimieren vermochten und infolgedessen nicht festgenommen wurden, von den Beamten für die Zukunft verboten wurde, in der Russischen Leschalle zu verkehren.

Das Vorgehen der Polizei ist, abgesehen davon, daß sie sich an die gesetzliche Form, die die Legitimation der Beamten, die Ausstellung von Quittungen über die beschlagnahmten Gegenstände usw. zur Pflicht macht, nicht gehalten haben, um so unbegreiflicher, als die Russische Leschalle, die seit vielen Jahren in Berlin besteht, seit jeder der Polizei angemeldet ist und gewissermaßen unter fortgesetzter Kontrolle der Polizei ihre harmlose Tätigkeit entfaltet.

Die Zahl der Verhafteten soll insgesamt zehn betragen, von denen zwei angeblich inzwischen wieder freigelassen sind.

Eine zweite Zuschrift besagt:

Die polizeiliche Aktion hat noch einen viel größeren Umfang angenommen, als die ersten Mitteilungen erkennen ließen. Es sind besonders in Charlottenburg zahlreiche Russen und Russinnen aus ihren Wohnungen heraus verhaftet worden und zwar zumeist Personen, die bei der Polizei ordnungsgemäß angemeldet und mit allen erforderlichen Legitimationspapieren versehen waren. Mit den Verhaftungen wurden regelmäßig Hausdurchsuchungen verbunden, bei denen inbesonnen allem Anschein nach nichts Nennenswertes gefunden wurde. Die Inhaftierten wurden nach dem Polizeigefängnis des Berliner Polizeipräsidiums transportiert und dort in verschiedenen Räumen zusammengepackt. Wie uns mitgeteilt wurde, befanden sich noch am späten Nachmittag etwa 30 Personen in Haft. Einige wurden gegen Abend entlassen. In welchem Umfange dies geschehen ist, konnten wir bisher nicht ermitteln. Ein Beamter äußerte: „Alle müssen sie heraus.“ Einer Dame, bei der nicht das geringste gefunden worden war, wurde von einem Beamten dadurch Angst gemacht, daß ihr ein Fall berichtet wurde, in dem eine Dame, bei der auch nichts gefunden worden sei, 6 Monate lang habe sitzen müssen! Befonders erschütternd ist das Verfahren gegen eine Frau Dr. D., die in ihrer Wohnung eine schwerkranke 16jährige Tochter, die gerade eben eine Operation durchgemacht hatte, allein ohne jede Wartung hat zurücklassen müssen. Auf die Bitte der Dame, sie mit Rücksicht hierauf freizulassen, wurde u. a. von einem Beamten geäußert: „Ach, was geht mich das an!“ Die Dame hat sich jedenfalls am späten Nachmittag noch in Haft befunden. Ob sie inzwischen freigelassen worden ist, konnten wir nicht feststellen.

Die Vermutung liegt nahe, daß die Verhaftungen und überhaupt die ganze Razzia der Polizei von russischen Spionen, die sich besonders in der jüngsten Zeit aus Anlaß des Londoner Kongresses auch in Berlin besonders breit gemacht haben, veranlaßt worden sind. Soweit wir imstande waren, Feststellungen zu treffen, sind sämtliche von der Polizei belangten Personen harmlose Menschen, die sich zu einem sehr großen Teil selbst jahrelang unbeanstandet und durchaus legal in Berlin aufgehalten haben.

Wir unterbreiten das Vorgehen der Polizei der Öffentlichkeit, ohne vorläufig eine weitere Kritik für nötig zu halten. Es ist bezeichnend, daß die Polizei mit ihrem eines Kulturstaates unwürdigen Vorgehen gegen die schuldlosen Angehörigen eines bedauernswerten Volkes gerade in dem Augenblick in größerem Umfange wiederum einsetzt, wo der Reichstag vertagt ist und den auf kulturellen Anstand haltenden deutschen Reichsbürgern damit eine Tribüne entzogen ist, von der herab sie vor der zivilisierten Welt durch energischen Protest gegen das Vorgehen der Berliner Polizei die Ehre Deutschlands gegen die Polizei in Schutz nehmen und die öffentliche Meinung im Interesse der Opfer unserer Polizeiwillkür hätten aufrufen können.

Nicht minder wichtig ist, auch hier wiederum zu betonen, daß die Polizei allem Anschein nach gerade in der heutigen Zeit der konservativ-liberalen Paarung für diese Aktion besonders Mut gefaßt zu haben scheint. Sie fühlt sich offenbar sicher im Schutze der liberalen Presse, von der sie annimmt, daß sie sich hüten wird, die traute Heimlichkeit des Liberalismus mit der Regierung durch ernsthafte Kritik der aufs schärfste zu brandmarkenden Polizeitaten zu stören. Wir werden ja sehen, ob die liberale Presse diese Hoffnungen der Polizei erfüllen und den Mantel des Schweigens über die oben geschilderten Vorgänge breiten wird.

## Der Kampf im Baugewerbe.

Noch immer lassen sich abschließende Ziffern über die Zahl der Ausgesperrten nicht geben. Nur so viel ist und bleibt klar, daß die Unternehmer der vorangegangenen Jahre des Scharfschmerzums selbst nach den eigenen Schätzungen nur unwesentlich gefolgt sind. Wie bei allen Ausperrungen zeigt sich hier zwischen den Ziffern der Unternehmer und denen der Arbeiter eine Differenz, die daraus entsteht, daß die Arbeiter die Zahl der wirklich Ausgesperrten, die Unternehmer die Ziffer der an dem Kampf beteiligten Betriebsangehörigen zählen, von denen aber überall eine große Zahl zur Verrichtung der notwendigen Arbeiten zurückgehalten werden.

Die Schätzung der Unternehmer über die Zahl der Ausgesperrten beträgt etwa das Doppelte von dem was die Arbeiter feststellen



Haben, bleibt aber auch weit hinter den Angaben der bürgerlichen Presse zurück. Der Verband der Baugeschäfte besaupt, daß 28 000 bis 20 000 Arbeiter bis Donnerstag mittag ausgesperrt worden seien.

Im Zentralverband der Maurer meldeten sich am gestrigen Tage 5038 ausgesperrte und streikende Mitglieder zur Kontrolle. Die Kontrolle der Unterzeichneten geht flott vorstatten. Wer nicht Frau noch Kind hat, der hat ja auch keine Ursache, sich hier ohne weiteres von dem Unternehmer aus Pflichten werfen zu lassen. Nach auswärts und nach dem Ausland werden gerade jetzt Arbeitskräfte in Massen verlangt, und dort sind die Unternehmer froh, wenn die Maurer aus Berlin erhalten können. Der Vorpost, den das Unternehmertum über die Berliner ausgesperrten in ganz Deutschland und wohl auch darüber hinaus zu verhängen sucht, wird gewiß keinen irgendwo nennenswerten Einfluß ausüben. Das kann man ja schon aus der mangelhaften Durchführung der Aussperrung in Berlin schließen. Die nun gründlicher durchgeführte Kontrolle des Maurerverbandes über die Arbeitsstellen, wo nicht ausgesperrt worden ist, hat ergeben, daß ihre Zahl viel größer ist, als nach der ersten Feststellung angenommen wurde. Es sind gestern 896 Arbeitsstellen mit 5129 beschäftigten, also nicht ausgesperrten Maurern gefunden worden.

Im Zentralverband der Zimmerer hat sich die Zahl der ausgesperrten und Streikenden nicht wesentlich vermehrt. Es sind bei der gestrigen Kontrolle ungefähr 100 mehr angemeldet, aber dies hat sich durch die Abschiebung wieder ausgeglichen. Die genaue Zusammenstellung der Unternehmer, die gemeinsam durch Vertreter des Verbandes und der Freien Vereinigung der Zimmerer vorgenommen wurde, hat ergeben, daß für beide Organisationen im ganzen 298 Firmen formell als an der Aussperrung beteiligt aufgeführt waren; doch haben von diesen 298 140 Firmen nur einen Mann entlassen, wie dies ja an jedem Sonnabend, und namentlich vor Pfingsten, regelmäßig vorkommt. Hier, wie bei einer Anzahl anderer Firmen, die zwei oder drei Mann entlassen haben, kann kaum von einer Aussperrung die Rede sein.

So mangelhaft wie bei den Maurern und Zimmerern ist die Aussperrung selbstverständlich auch bei den Bauhilfsarbeitern durchgeführt. In ihrer Zentralorganisation, die in Berlin 12 000 Mitglieder hat, waren bis gestern abend nur 3300 ausgesperrt und solche gemeldet, die wegen Teilaussperrung die Arbeit niedergelegt hatten. In dieser Zahl sind jedoch auch die Arbeitslosen mitgezählt.

Im allgemeinen hat sich also der Stand der Aussperrung nicht verändert. Sie zeigt sich nach wie vor als eine Maßregel, die ihren Zweck verfehlt.

Die Freie Vereinigung der Maurer hat nach den letzten Aufstellungen 859 Aussperrte und 172 Arbeitslose zu verzeichnen. Es sind etwa ein Drittel der Mitglieder ausgesperrt worden. Nach ihren Angaben sind auf 630 bis 650 Arbeitsplätzen in Groß-Berlin gearbeitet. Gestern nachmittag legten Mitglieder der Freien Vereinigung auf drei Baustellen die Arbeit nieder, weil ein Teil der Kollegen entlassen worden war.

Bei der Freien Vereinigung der Zimmerer hat sich das gestern angegebene Zahlenverhältnis dahin verschoben, daß im ganzen als ausgesperrt und arbeitslos 620 Mann zu rechnen sind; darunter befinden sich aber 178 Arbeitslose, die gestern nur mit 86 angegeben wurden. Die 891 Aussperrten bilden weniger als ein Fünftel der Mitgliederzahl. Aussperrt haben 141 Firmen.

Bei der Freien Vereinigung der Bauarbeiter sind zu den bereits gemeldeten 357 Aussperrten noch 23 zuzurechnen, die an den Baustellen die Arbeit niedergelegt, wo teilweise Aussperrungen stattfanden, so daß 380 Aussperrte bei 68 Unternehmern (gestern 67) zu verzeichnen sind, nebst den ebenfalls schon gemeldeten 49 Arbeitslosen, im ganzen also 429 Mann. Etwa der dritte Teil der Mitglieder ist ausgesperrt worden.

#### Die Taktik der Arbeiter.

Die Sektion der Puyser vom Zentralverband der Maurer hatte zum Donnerstagnachmittag eine Mitgliederversammlung nach Trebers Pfaffen, Köpenickerstraße, einberufen, um Stellung zu der Aussperrung im Baugewerbe zu nehmen. Der Besuch war außerordentlich stark; Saal und Galerien waren dicht besetzt. Der Referent Silberschmidt gab einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der gegenwärtigen Bewegung und erklärte noch einmal die Verhältnisse der Organisationsleitung. Die Zahl der Aussperrten sei nach den vorliegenden Meldungen eine minimale, aber sie werde noch steigen. Immerhin haben die Unternehmer sich mehr versprochen, als sie gehalten haben. Der Redner ging näher darauf ein, welche Anstrengungen die Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte machen, um alle Arbeitgeber unter ihren Einfluß zu bringen, z. B. durch Entziehung der notwendigen Baumaterialien. Sie haben es darauf abgesehen, teure Kreise in Mitteldeutschland zu ziehen. In Bezug auf die Puyser haben sie den Beschluß gefaßt, daß die angefangenen Arbeiten fertig gestellt werden sollten, neue Arbeiten nicht in Angriff zu nehmen seien und auch keine neuen Verträge mit den Bauern abzuschließen. Mit diesem Beschluß ist die Organisationsleitung die Puyser nicht unzufrieden; er entspricht vielmehr den Wünschen der Leitung, die den Puyser empfiehlt, danach in allen Fällen zu handeln, auch dann, wenn die Unternehmer sich nicht an dem Beschluß halten wollen. Selbst da, wo neue Verträge abgeschlossen worden sind, sollen die Puyser nicht an die Arbeit gehen, sondern die Erfüllung der Verträge hinausschieben mit der Begründung, daß die Unternehmer selbst einen dahingehenden Beschluß gefaßt haben. Der Vorstand empfiehlt ferner, daß die Solidarität in vollem Umfange zu wahren ist. Kein Puyser darf auch nur einen Handschlag tun, um solche Arbeiten zu übernehmen, die bläher die Aussperrten verrichten. Ferner ist überall da, wo teilweise Aussperrungen stattfinden, moralisch ein starker Druck auf die weiter arbeitenden Kollegen auszuüben, daß sie sich den Aussperrten anschließen. Ueber das fernere Verhalten der Puyser wird sehr bald eine Versammlung beschließen, sobald die Lage der Maurer mehr geklärt ist.

Mit den Vorschlägen des Vorstandes erklärte sich die Versammlung einverstanden; sie besitzt volles Vertrauen zu der Leitung, wenn auch die Diskussion zeigte, daß langes Zögern nicht den Wünschen der Majorität der Puyser entspricht. Die meisten scheinen ungeduldig auf die Parole zu warten, mit in den Kampf treten zu können und ihren Brüdern nicht nachzusehen.

Die Rohrer versammelten sich am Mittwochabend bei Wille in der Brannenstraße. Auch sie beschloßen nach einer Diskussion der Aussperrung im Baugewerbe sich solidarisch mit den Aussperrten zu erklären, wo immer die Umstände es erfordern. Auf keinen Fall sollen sich organisierte Rohrer dazu verleiten lassen, den kämpfenden im Baugewerbe irgendwo Hindernisse zu bereiten; im Gegenteil halten sie es für ihre Pflicht, die Aussperrten nach Kräften zu unterstützen.

### Peters kontra „Münchener Post“.

Hänge-Peters hat bekanntlich unser Münchener Bruderorgan verlagert, weil es so rachslos war, die Rehabilitierungsabsichten des Peters und seiner einflussreichen Freunde durch die Wiederaufrollung des Sündenregisters des Peters energisch zu durchkreuzen. Hänge-Peters hatte es durchzusetzen vermocht, daß ein Münchener literarischer

Vericht sich den großen Verklammten zu einem Vortrag ver-schrieb. Vom Süden aus gedachte der berüchtigte Afrikaner dann seinen Siegeszug nach Norden fortzusetzen, um schließlich wieder in irgend ein Kolonialamt hineinzuschlüpfen. Die „Münchener Post“ war so gemütslos, in die erhofften Ovationen mit Ausgrabungen aus Peters Kilimandscharo-Heil hineinzuplagen.

Peters verlagte daraufhin die „Münchener Post“. Am 27. Juni soll vor dem Schöffengericht die Verhandlung stattfinden. Unser Münchener Parteiorgan teilt uns über die bisherigen Stadien des Verfahrens recht interessante Details mit. Es schreibt:

„Das Verfahren hat sich bis jetzt in mehr als einer Hinsicht merkwürdig gestaltet. Das Auswärtige Amt hat mit Rücksicht auf das Wohl des Reiches unter Berufung auf § 90 der R.-St.-O. die Herausgabe der Disziplinarakten verweigert, dagegen bei dem Gericht angeregt, es möge Dr. Peters die Vorlage der ergangenen Urteile anheimgeben. Dr. Peters aber weigert sich diese Urteile herauszugeben, in denen neben manchem anderen rechtlich kräftig festgestellt ist, daß er sich des seines Amtes erforderlichen Ansehens unwürdig gemacht habe. Dagegen hat Peters einen seiner damaligen Verteidiger, den H. A. Dr. Scharlach aus Hamburg, kommissarisch als Zeugen vernehmen lassen, der u. a. behauptet, daß sowohl der vormal. Kolonialdirektor Dr. Kayser, wie auch der Reichsgraf und der Kaiser selbst die dem Dr. Peters zur Last gelegten Handlungen zu einer Zeit gekannt hätten, als er noch Orden- und Dekorationen empfangen habe und aufgemuntert worden sei, in der Erfüllung seiner Pflichten fortzuführen wie bisher. Da überdies der Kaiser später den Verurteilten begnadigt habe, so sei damit wohl der beste Beweis dafür geliefert, daß die Feststellungen der Disziplinarurteile und ihre Begründung an den höchsten Stellen für falsch gehalten würden.“

Der Verteidiger des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Bernheim, antwortete darauf mit dem Antrage, die Vernehmung des Kaisers darüber anzuordnen, daß die Behauptung des Dr. Peters, der Kaiser habe in Kenntnis der Peters'schen Verbrechen ihm noch Auszeichnungen verliehen, unwarhaft sei, daß ferner die teilweise Begnadigung des Dr. Peters keineswegs eine Verächtlichmachung der Disziplinarurteile sein sollte, sondern daß sie lediglich ein Ausfluß politischer Erwägungen war, daß endlich der Kaiser in ungewöhnlicher Weise zu erkennen gegeben habe, von einer Wiederverleihung eines Reichs-amtes an Dr. Peters, diesen . . . . ., könne nun und nimmermehr die Rede sein.“

Das Gericht hat diesen Beweisanspruch abgelehnt, weil er „zur Aufklärung des Sachverhalts nicht dienlich“ sei. Man wird darüber anderer Meinung sein dürfen. An sich macht die Verpflichtung, in einem Prozesse erhebliche Tatsachen zu bekunden, auch vor der Person des Kaisers nicht halt, nur daß die Bundesfürsten das Privileg haben, statt im Termin zu erscheinen, sich in ihrer Wohnung vernehmen zu lassen und daß sie den Eid nicht nachzusprechen brauchen, sondern ihn durch Unterschriften der Eidesformel leisten.

Nachdem das Gericht Beweise über die oben bezeichneten, mit der Person des Kaisers zusammenhängenden Tatsachen durch Ladung der Abgeordneten Arendt und Kardorff zugelassen hat, setzt es sich durch die Begründung des die Vernehmung des Kaisers ablehnenden Beschlusses offensichtlich in Widerspruch mit sich selbst. Und es darf mit Zug und Recht bezweifelt werden, ob es damit im Sinne des Reichsoberhauptes, als obersten Hüters der Gesetze, gehandelt hat. Man mag über Wilhelm II. denken wie man will, in der Erfüllung dessen, was er für seine Pflicht hält, zeigt er einen Eifer und einen Ernst, den auch politische Gegner anerkennen. Das Gericht hätte daher, nachdem es Beweiserhebungen über die einschlägigen Fragen nicht von vornherein als unbehilflich abgelehnt hat, konsequenterweise auch die Vernehmung des Kaisers beschließen müssen. An Wilhelm II. wäre es dann gewesen, zu erklären, ob er sich vernehmen lasse oder ob er etwa aus den nämlichen Gründen, aus denen das auswärtige Amt die Herausgabe der Akten verweigerte, es ablehnen zu müssen glaube, Auslagen zu machen.

Da nun auch die Disziplinarakten nicht zur Verfügung stehen, wird die Verhandlung unter Aufgebot eines großen Zeugen- und Sachverständigen-Apparates stattfinden. So werden am Zeugensande u. a. erscheinen: Kunstmaler Maximilian Freiherr v. Beckmann-Vertheim, Generalleutnant E. v. Liebert in Charlottenburg, die Abgg. Dr. Arendt, Hebel, v. Bollmar, der Kapitän a. D. Otto v. Lohberg, Berlin, der J.-R. Dr. Koffka, Berlin, der Geh. Legationsrat Helbing, Berlin, der Regierungsrat a. D. Dr. Raffel, Berlin, der Igl. Bayer. wirkl. Rat Dr. Martin, vormal. Bezirksamtmann in Kamerun, der Staatsminister und Gouverneur a. D. v. Soden, Stuttgart, Missionar Peter Kommer, zurzeit in der Filiale der Bäter vom hl. Geist zu Gabern im Elbaf, der zur letzten Zeit in Ostafrika wirkte, der Oberstaatsanwalt a. D. Dr. Becker, Berlin, der Bezirksamtmann a. D. v. Elmers, Berlin, der Kunstmaler Ruhnert, Berlin, der mit Peters in Ostafrika war, der Bezirksamtssekretär a. D. Zahnte, Berlin und andere. Der Abgeordnete Kardorff, der wegen hohen Alters nicht vor Gericht erscheinen kann, wird kommissarisch vernommen werden.

Dr. Peters wird zum Verhandlungstermin persönlich erscheinen, aber nicht etwa aus eigenem Antriebe, sondern dem gesetzlichen Zwange folgend, da das Gericht auf Antrag des Verteidigers des Beklagten, H. A. Dr. Bernheim, das persönliche Erscheinen des Dr. Peters angeordnet hat. Im Falle seines Nichterscheinens müßte Dr. Peters gewärtigen, daß die Klage auf Grund des § 431 R.-St.-O. als zurückgenommen zu gelten hätte und das Verfahren gegen die „Münch. Post“ unter Ueberbürdung sämtlicher Kosten auf Dr. Peters eingestuft würde.

Das aber wäre im öffentlichen Interesse nicht wünschenswert.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai 1907.

#### Eine seltsame Empfehlung.

Die liberale Presse ist mit Recht darüber erstaunt gewesen, daß die besprechende Abberufung des Gouverneurs von Südwestafrika, v. Vindequist, noch dadurch umso befremdlicher gemacht wurde, daß ihm der kuriose Landtagsabgeordnete v. Schudmann zum Nachfolger bestimmt wurde. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ jedoch leisteten sich folgende Empfehlung dieses Herrn v. Schudmann:

„Wenn etwas mit dem neuerlichen Wechsel in Südwest ver-söhnen kann, so ist es die Person des Nachfolgers des Herrn v. Vindequist. Geheimere Legationsrat v. Schudmann wird uns als eine außerordentlich bewährte Kraft geschildert, die man vor sieben Jahren ungern in der besten Kammerkraft aus dem Dienste scheidet sah. Er ging damals, weil ihm die Atmosphäre des Auswärtigen Amtes nicht sonderlich behagte, kurz vorher war er aus Kapstadt abberufen worden, trotzdem er seinen Posten dort ausgezeichnet ausfüllte, weil er vermittelnd gerade des-

halb bei der englischen Regierung sehr wenig beliebt war. Er war ein Opfer jener Schwelung der deutschen Politik, die vom Krüger-Telegramm zum deutsch-englischen Vorkriegsvertrag vom Jahre 1906 führte. Bei den Deutschen Kapstadt war er überaus beliebt, weil er rücksichtslos für das Deutschthum eintrat und insbesondere für jene halben Naturen, die schon auf dem Wege zur Verengländerung waren, recht wenig übrig hatte. Von englischer Seite war man ihm auch seine große Durenfreundschaft vor. Man kann also wohl bestimmt darauf rechnen, daß Herr v. Schudmann in Südwest ein fromm deutsches Regiment führen wird, während ihm andererseits seine Kenntnis südwestafrikanischer Verhältnisse die Behandlung der Duren, die eine große Zukunft für Südwest bildet, sehr erleichtern wird. Mit gemäßigteren Gefühlen dürfte man wohl in der Kapkolonie seine Ernennung aufnehmen, indes stehen die Dinge hier so, daß bei den Neumalben, die im Herbst dieses Jahres stattfinden, das gegenwärtige imperialistische Kabinett Jamelton wahrscheinlich die Majorität, die jetzt schon meist nur eine Stimme beträgt, verlieren und das Ministerium in die Hände des Afrikaner-bonds übergehen wird. In diesen Kreisen erfreut sich Herr v. Schudmann aber der größten Hochachtung.“

Wir meinen, wenn etwas zur Beendigung dieser wunderlichen Gouverneurnennung beitragen kann, so die „Empfehlung“ der „Berliner Neuesten Nachrichten“. Die deutsche Regierung hat sich bemüht, die Schaffung der Kolonialarmee in Südwestafrika als möglichst harmlos hinzustellen. Nun aber erklären die „Berliner Neuesten Nachrichten“, daß Herr v. Schudmann seinerzeit ein Opfer des englandfreundlichen Kurzes geworden sei. Seine Ernennung zum Gouverneur von Südwestafrika bedeutete danach eine offizielle Unterzeichnung jener antienglischen Tendenzen, wie sie bereits so mannigfach nicht nur im Reichstage, sondern auch in unserer alldeutschen und kolonialfreundlichen Literatur herorgetreten sind. Die Politik des Herrn Vatinann empfängt durch die Ernennung des Herrn v. Schudmann ihre Bestätigung.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist übrigens seinerzeit Herr v. Schudmann wegen eines Augenleidens in den Ruhestand versetzt worden. Nach den „Berliner Neuesten Nachrichten“ hat er damals aus unzeitgemäßer Durenfreundschaft nur „simuliert“! —

#### Vorzeitig erschöpfte Zeugnisfolter!

Kärnberg, 23. Mai, 7.24 Nachm.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Genosse Schlegel wurde soeben aus der Zeugniszwanghaft entlassen.

Bis zur völligen Erschöpfung des Zwangs, mittels, bis zum 17. Oktober 1907, abends 5 Uhr 10 Minuten, so hatte der Kaufmännische Amtsrichter Prof. Bauer vor einigen Tagen erst dem Genossen Schlegel mitteilen lassen, werde die Zeugnisfolter dauern, die auf Forderung des Fabrikanten Hornschub über ihn verhängt wurde. Wie Schlegel auf seinen Schein, so wollte die Kaufmännische Justiz darauf bestehen, daß keine Minute früher die Folter aufgesetzt werde, als ihre Anwendung durch ein rückständiges Gesetz zugelassen wird. Für seine Weigerung, eine unehrenhafte Handlung zu begehen und dem rachedürstenden Fabrikanten Hornschub einen armen Knecht auszuliefern, sollte Genosse Schlegel bis zum letzten Augenblick der 6 Monate, die die Zeugniszwanghaft dauern darf, die Freiheit entbehren.

Es ist anders gekommen. Herr Prof. Bauer ist plötzlich anderen Sinnes geworden — ob auch Herr Hornschub, das entzieht sich unserer Kenntnis. Sollte Herr Prof. Bauer die Kritik der öffentlichen Meinung auf die Herzen gefallen sein? Vorläufig sind die Motive seines Rückzuges noch unbekannt. Wir müssen die Begründung der Maßregel abwarten, ehe wir Schlusfolgerungen aus dem Zusammenbruch der Zwangsdiktation ziehen. Inbes dürfen wir heute schon mit Genugtuung feststellen, daß die Kaufmännische Zeugnisfolter in einem Maße, wie kaum eine andere derartige Aktion, das Institut der Zeugniszwanghaft gegen Redakteure moralisch gebrandmarkt hat. Das wird den Genossen Schlegel für die Partei, die er tapfer ertragen hat, in einem gewissen Grade entschädigen. Am so lächerlicher aber ist der Flecken, den die Justiz des Bayernlandes bei der Affäre dabongetragen hat.

#### „Ergellenz Koosmich.“

Diese wenigen vom „Vorwärts“ gebrauchten Worte haben es der nationalliberalen „Magdeburgischen Ztg.“ angetan. Sie schreibt:

„Mit dieser geschmackvollen Ueberschrift versteht der „Vorwärts“ die Mitteilung von der Ernennung Dernburgs zum Kolonialstaatssekretär. Daß die sozialdemokratische Presse einen Blick vor energischen und verdienstvollen Männern hat, ist bekannt. Diesmal soll der Kaufmannstand durch die Ueberschrift lächerlich gemacht werden. . . . Die Sozialdemokratie enthält damit nur ihr häßliches Angesicht; und je mehr sie sich in ihrer wahren Gestalt zeigt, um so weiteren Kreisen werden die Augen aufgehen. Sie werden sich mit Überwillen von Leuten abwenden, die ehrlicher Arbeit und energischem Streben gegenüber nur leichten Witz und höfische Geraberrung übrig haben.“

Wir tun dem nationalliberalen Blatt kein Unrecht, wenn wir seine ganze Auslassung einen ausgetragenen Schwindsel nennen; denn es weiß natürlich ganz gut, daß die Titulatur „Koosmich“ nicht von uns erfunden ist, sondern von den Herren der Rechten geprägt worden ist! Der Schwindsel ist um so unappetitlicher, da der Kritiker der „Magd. Ztg.“ selbst den Zweck hat, gegen die weitere Anstellung von Leuten à la Dernburg zu polemisieren. Er läuft nämlich darauf hinaus, daß im allgemeinen „die solide Vorbildung für das Amt immer eine zuverlässigere Grundlage bleibt als der tatenfrohe Diszertantismus“. Diese letzte verächtliche Beziehung gilt — Herrn Dernburg! Mitihm macht sich die „Magd. Ztg.“ selbst zum Sprachrohr derjenigen Kreise, die auf den „Koosmich“ verachtungsvoll herabsehen.

Den Zutritt, der hier der neuen Ergellenz hinterhals verheißt wird, verdeckt nun aber das Blatt hinter einem Schwall von widerlichen und unwahrscheinlichen persönlichen Schmätzeleien. Außer den bereits gegebenen Proben heißt es da weiter:

„Die kritischen Stimmen, die bei Dernburgs Berufung laut wurden, sind noch und nach verstummt und es gibt niemand mehr, der nicht in dem ehemaligen Vandalendirektor den gegebenen Mann für seinen Platz erblickt.“

Es waren mehr persönliche Eigenschaften, die der Berufung Dernburgs das Gepräge gaben: einen so lässig zugreifenden Praktiker so völlig ohne bureaukratische Wären hatte man auf unseren Ministersejeln noch nicht gesehen. . . .

usw. usw. Nun weiß doch jedermann, daß von Taten Dernburgs bisher noch nichts, absolut nichts zu verzeichnen ist — wenigstens nichts, was als „ehrlische Arbeit und energisches Streben“ bezeichnet zu werden verdient. Außer vielen Reden hat er bisher eigentlich nur eine einzige „Zat“



aufzuweisen, daß sind seine famosen Kolonialbilanzen, die in jedem geordneten Staatswesen schon allein hätten hinreichen müssen, ihm den Hals zu brechen. Nützlich aber ist es, sich zu erinnern, daß die Nationalliberalen, die Herrn Dernburg jetzt ob seiner „Taten“ so verhimmeln, im Augenblick der „Tat“ selbst ein ganz anderes Urteil darüber fällen. So schrieb die „National-Ztg.“ am 23. November 1906:

„Herr Dernburg hat uns diese Denkschrift vorgelegt mit der selbsthätigen Seite, mit der bei der Generalversammlung ein Großhaushalt der Direktor seinen Bericht gibt... Die Denkschrift unseres Kolonialdirektors ist — Glaubenssache. Sie reißt Bild an Bild, sie jongliert mit den imposantesten Zahlen... Die Enquete ist eine Tendenzarbeit, vielleicht sogar — ein Tendenzroman. Sie redet zu uns ein wenig auch in den blühenden Worten jener Prosopope, welche bestimmt sind, auf die — Massen zu wirken...“

Und am 27. November 1906 schrieb die „Östliche Ztg.“, daß in der Kolonialabteilung „Berechnungen und Zahlen-gruppierungen“ gemacht worden seien,

„die dem Reiner unserer Kolonien durch höchst auffällige Schlussfolgerungen und Rechenergebnisse, auch Richtkennern durch die merkwürdigste gefundene gewaltige Endzahl von einer Milliarde anfallen, ohne daß eine Möglichkeit zur genauen Nachprüfung gegeben ist. Die beiden dem Reichstag kürzlich angegangenen Denkschriften werden daher bei Kolonialfreunden Ersäunen und Mißtrauen hervorrufen...“

So urteilte die nationalliberale Presse unter dem frischen Eindruck der eben geschriebenen „Tat“ Dernburgs. Heute aber, nur 6 Monate später, soll der dumme Michel glauben, daß Dernburg der „gegebene Mann für seinen Platz“ sei. Warum wohl? — Das Geschäft bringt's halt so mit sich! —

### Ritt für die Blockade!

Die „Post“ findet, daß der Hohn der konservativen Presse über die Pfingsttagrede der drei linksliberalen Gruppen möglicherweise zu einer Gefährdung der Blockadebestrebungen werden könne. Für den Block sei aber der Freisinn völlig unentbehrlich. Ohne sein Festhalten in „nationalen“ Fragen werde alsbald das Zentrum wieder Trumpf sein. Aber auch für die erfolgreiche Bekämpfung der Sozialdemokratie (S) sei der Linksliberalismus nicht zu entbehren. Man möge also dem Liberalismus immerhin einige Konzessionen machen. Wenn diese Konzessionen auch nicht auf dem Gebiete der staatlichen oder Reichspolitik lägen, so könnte man ihm doch auf kommunalpolitischem Gebiete entgegenkommen. Es sei durchaus nötig, der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber der staatlichen Bureaucratie eine größere Bewegungsfreiheit als bisher zu geben. In erster Linie hinsichtlich des Steuerungsrechtes, dann aber auch auf dem Gebiete der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt. Vom allgemein politischen Standpunkte aus sei eine solche Konzession an den Linksliberalismus durchaus wünschenswert.

Es ist kein Zufall, daß gerade die „Post“, das widerläufige Scharfmacherorgan, solchen Zugeständnissen an den Kommunal-liberalismus das Wort redet. Der freisinnige Kommunal-liberalismus hat sich diese Fürsprache des rüdesten Scharfmacherorgans durchaus verdient. Selbst ein christlich sozialer Kathedersozialist, wie der Professor Adolf Wagner, konnte ja den freisinnigen Kommunal-liberalismus Berlins an den Pranger stellen. Und wie in Berlin, so steht es allenthalben um unseren Kommunal-liberalismus. Hat dieser Kommunal-liberalismus doch durch Entziehung der dreiten Wählermassen überall im Geiste des Scharfmacherturns gearbeitet. In Schleswig-Holstein wie in Bayern, im Norden wie im Süden. Die freikonservativen Scharfmacher der „Post“ dürfen deshalb mit aller Übersticht hoffen, daß auch nach weitgehenden Konzessionen an die Selbstverwaltung „er vom liberalen Bürgerthum beherrschten Kommunen dort kein anderer Geist herrschen wird, als in der Hochburg der Reaktion, im preussischen Abgeordnetenhause!“

### Private Kolonialausflüge auf Reichskosten.

Der Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg wird demnächst eine „ganz private“ Spritour nach Südwestafrika unternehmen. Das Sonderbare daran ist nur, daß nicht nur Private erhebliche Mittel zu dieser Spritour beigetragen haben, beispielsweise eine Berliner Zeitung 20 000 Mark, sondern daß auch das Reich mit zusammen 200 000 Mark für die Kosten dieser fürstlichen Privatreise aufkommen soll. Nicht nur Berliner und andere Rußeen haben für diesen Fürstenausflug beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt, sondern auch aus dem Afrikafonds sind nicht weniger als 60 000 Mark bewilligt!

Wir finden es höchst seltsam, daß fürstliche Sportliebhaber solche Ausflüge, die, wie die „Germania“ meint, in erster Linie dem Jagdsport dienen sollen, nicht selbst bezahlen oder auch durch Sportfreunde sich bezahlen lassen, sondern daß für solche Zwecke auch Reichsunterstützungen in Anspruch genommen werden. Mit Recht meint die „Germania“:

„Dieser ganze Vorgang läßt wieder einmal erkennen, wie es hinter den Kulissen zugeht. Besonders hübsch ist die den wissenschaftlichen Teilnehmern der Expedition auferlegte Schweigepflicht. Offenbar soll dadurch dem Zeitungsmann, der die 20 000 M. gegeben hat (ist es nicht wieder Herr Scherl?), die Möglichkeit gegeben werden, allein und zuerst Berichte zu bringen.“

Wir halten diese ganze Veranlassung von durchlauchtigsten Sportliebhabereien und angeblichen kolonialen Reichsinteressen für etwas ganz Unausgütliches!

### Liberaler Grundzüge.

In dem Orte Starnbach im Wahlkreis der berühmten Stadt Rumbach fand eine sozialdemokratische Landtagswählerversammlung statt. Der Referent Genosse Simon Nürnberg streifte u. a. auch die Volksschule, von der er sagte, daß sie nicht so ist, wie sie sein könnte und sein sollte, um dem Arbeiter die Kenntnisse zu vermitteln, die er im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart brauche. In der Diskussion mußte man ein liberaler Fabrikbesitzer an diese Worte Simons an und er sagte, es sei jedem Arbeiter unbenommen, seine Söhne auf Gymnasium und auf die Universität zu schicken, es hindere ihn kein Mensch daran. —

Kein Mensch — wohl aber das proletarische Einkommen! Dieser Musterliberale löpiert das Fürstenwort: Da jammern die Leute über die hohen Brotpreise — warum essen sie denn keinen Kuchen!

### Frankreich.

#### Die unabhängigen Sozialisten gegen Briand.

Paris, 22. Mai. (Eig. Ber.)

Dem guten Aristide Briand droht die Gefahr, auch von den „unabhängigen“ Sozialisten ausgeschlossen zu werden! In seiner Organisation, der autonomen Föderation des Loire-Departements, die ihren Ansehlich an die geeinigte Partei nach dem Eintritt Briands ins Ministerium rückgängig gemacht hat und deren drei Deputierte, Briand, Ledin und Charpentier, der „parla-

mentarischen“ Fraktion angehören, hat die Entpörung über den zynischen Verrat der Ex-Generalsekretärs derart um sich gegriffen, daß der Föderationskongreß, der am nächsten Sonntag in Saint-Etienne zusammentritt, über einen Ausschlußantrag zu entscheiden haben wird, den eine der stärksten Organisationen der Föderation, die des von Ledin vertretenen Südwestbezirks, von Saint-Etienne mit allen gegen vier Stimmen beschlossen hat! Da der Bedrohte zweifellos alle seine Einflüsse spielen lassen wird, um diese Brandmarke durch die Gemäßigtesten aller französischen Sozialisten zu verhindern, so ist die Entscheidung ungewiß. Sicher aber ist, daß trotz der gerade in diesem Departement geübten Wahlkünste der Regierung das Mandat Briands in Frage gestellt ist; denn die nach den Wahlen gegründete Föderation der geeinigten Partei blüht dort schon auf bedeutende Erfolge zurück. Jaurès hat vor einigen Wochen in Saint-Etienne unter dem Beifall von Tausenden für die Einigkeit gesprochen. Kehren sich jetzt auch von den ausdauerndsten Getreuen Briands viele, angewidert von seinem jetzigen Treiben, von ihm ab, so ist zu hoffen, daß die sozialistische Einigkeit dank dem Verrat Briands, der auch den Vertrauensvollsten die Augen öffnet, im Loire-Departement nun doch hergestellt werden wird. —

### England.

#### Die irische Nation und der neue Regierungsvorschlag.

London, 21. Mai. (Eig. Ber.) Heute trat in Dublin der National-Konvent des irischen Volkes zusammen, um Stellung zu nehmen zu den irischen Nationalfragen. Auf dem Konvent sind nicht nur alle politischen Parteihaltungen vertreten, sondern auch die Kirche, die Bürgermeister, die Stadt- und Grafschaftsräte.

Das Problem, über das sich die englischen Politiker in den letzten Tagen den Kopf zerbrachen, war: Welche Stellung wird der Konvent der neuen Regierungsvorlage gegenüber einnehmen? Nun sind die Würfel gefallen. Die erste Resolution, die der Kongreß einstimmig beschloß, verwirft ohne alle Umschweife die Regierungsvorlage und betont von neuem, daß es für die irische Frage nur eine Lösung gibt, und das ist ein irisches Parlament mit verantwortlicher Exekutive, welches die Macht haben soll, alle Irland angehenden Fragen zu erledigen.

Diese Stellungnahme des Konvents hat eine Krise erzeugt; denn wie kann die Regierung eine Vorlage, die sie unter dem Vorwande einbringt, der irischen Nation zu helfen, noch aufrecht erhalten, wenn die ganze Nation selber einstimmig erklärt: Wir wollen diese Vorlage gar nicht! Was wird also die Regierung tun? Es kann nicht geleugnet werden, daß die Situation für sie äußerst gefährlich geworden ist. Handelt es sich doch um die runde Ablehnung des zweiten „großen Reformvorschlages“ der liberalen Partei, die im Parlament über eine so gewaltige Majorität verfügt. Weiter bedeutet die Stellungnahme des Konvents aber auch eine Kündigung des Bündnisses, das zwischen der irischen und der liberalen Partei bestand. —

Auch der alle Jahre stattfindende Trade-Unionskongreß, der am Montag in Dublin zusammentrat, befaßte sich mit der Vorlage. Das parlamentarische Komitee des Kongresses unterbreitete demselben einen Bericht, in welchem dargelegt wird, daß der Gesetzesvorschlag in seiner jetzigen Form wenig dazu angetan ist, die politischen und ökonomischen Zustände der Arbeiterklasse erfolgreich zu verbessern. Inwiefern ist der Trade-Unionskongreß nicht so weit gegangen wie der Konvent. Im Bericht heißt es:

Der Entwurf in seiner jetzigen Fassung sei geeignet, Irlands industrielle Entwicklung zu hindern. Zum mindesten müßten radikale Änderungen an dem Entwurfe vorgenommen werden. ...

### Finnland.

#### Ein sozialdemokratischer Vizepräsident.

Helsingfors, 23. Mai. Zum Präsidenten des Landtages ist gegen 38 Stimmen, welche die Äußerungen für ihren Kandidaten abgegeben haben, der Advokat Svinius, der Vertreter der Partei der Jungfinnen, gewählt worden. Zu Vizepräsidenten sind der Sozialist Dr. Ursin und Professor Baron Palmén, einer der Führer der Altsinnpartei, gewählt worden. —

### Persien.

#### Unruhen.

Teheran, 23. Mai. Das Bestreben, einer neuen Partei im Parlament, die Armenier und die Feuerarbeiter, des Wahlrechts zu berauben, hatte zur Folge, daß aus allen Städten Persiens Proteste von Armeniern und Feuerarbeitern eingingen mit der Drohung, nach Indien auszuwandern. Die Mehrheit des Parlaments sprach sich für Gleichberechtigung aus. Das Verhalten der örtlichen Mechtulis führt zu völliger Anarchie. In Teheran erschienen antijudaistische Demonstrationen. Der Gouverneur von Kuristan, ein Bruder des Schahs, hegt kriegerische Romadenstämme auf und sammelt gutbewaffnete Truppen. In Tabriz dauern die Unruhen fort. In Kermanshah und Schiras herrscht völlige Anarchie. In Rehd schlossen Revolutionäre das Postamt und die Telegraphenämter. Am den schweren Eindruck der Ermordung und Verbannung von russischen Unterthanen zu verweisen, schenkte der Schah ein Grundstück für ein russisches Konsulat in Rehd. Die Belgier sind endgültig aus der Postverwaltung entfernt. —

### Aus der Partei.

#### Die holländische Jugendbewegung.

Amsterdam, 21. Mai. (Eig. Ber.)

Die Organisation der holländischen proletarischen Jugend, „De Jaarier“ (der Sämann), hielt am zweiten Pfingsttage in dem festlich geschmückten Saale „Morgenrood“ zu Gouba seinen diesjährigen Kongreß ab. Betreten waren durch Delegierte 17 Abteilungen, der Parteivorstand durch die Genossen J. G. van Ruyhof und J. B. Sleef. — Der Vorsitzende Worms teilte mit, daß die Abteilungen des Jaarier von 9 auf 15, die Zahl der Mitglieder von 295 auf 455 gestiegen sei. Das monatlich erscheinende Blatt „De Jaarier“ hatte eine Auflage von 1500 Exemplaren. Das Verhältnis zwischen der Jugendorganisation und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sei nicht so gewesen, wie der Vorstand des Jaarier wünschte. — Der Jahresbericht des Schriftführers weist darauf hin, daß die anfängliche Verpottung der Jugendorganisation nachgelassen habe und daß man eingesehen habe, daß die proletarische Jugend gute Arbeit verrichten könne. Der Parteivorstand habe finanzielle Unterstützung für das Organ verweigert, weil bei der Errichtung seine Zustimmung nicht eingeholt worden und er dessen Herausgabe auch nicht für wünschenswert erachtet hatte. Der Parteivorstand habe die Ansicht, daß die Erziehung der proletarischen Jugend in den Händen der Parteiabteilungen liegen müsse. Diese Ansicht teilte der Hauptvorstand des „Jaarier“ nicht.

Genosse Mendels hält ein Referat über die Aufgabe des „Jaarier“, der eine Rekrutenschule für die Partei und die Gewerkschaften sein müsse. Er empfahl Unterricht in Natur- und Gesellschaftswissenschaft. Besondere Berücksichtigung solle der Militarismus als Ausfluß des Kapitalismus erfahren. Die besondere Jugendorganisation hält er für notwendig. Die Abteilungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei könnten die Aufgabe der Jugendorganisation nicht erfüllen.

Nach längerer Debatte fand eine Resolution des Hauptvorstandes einstimmig Annahme, die sich dahin ausdrückt, daß

zur Beförderung eines kräftigen Wachstums des „Jaarier“ eine feste Verbindung zwischen diesem und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erwünscht ist und wobei der Hauptvorstand beauftragt wird, mit dem Parteivorstand zur Erreichung dieses Zieles in Beratung zu treten.

Ferner wurde beschlossen, am Internationalen Kongresse der Jugendvereine teilzunehmen und Genossin Frau Sent. Roland-Holt als Vertreterin dahin zu entsenden.

Der nächste Kongreß des „Jaarier“ soll zu Amsterdam stattfinden.

### Soziales.

Erfahrung für einen Ausfall an Krankengeld beanspruchte der Arbeiter S. durch Klage beim Berliner Gewerbegericht, indem er geltend machte, der besagte Arbeitgeber Werner habe jenen Ausfall dadurch verschuldet, daß er ihn für die dritte Klasse der zweiten Klasse bei der Krankenkasse angemeldet habe. Der Beklagte betonte demgegenüber, daß der Kläger tatsächlich nur einen Verdienst gehabt habe, wie er Voraussetzungen für die dritte Klasse der Versicherten sei. Im Laufe der Verhandlung vor der Kammer VII wurde festgestellt, daß Kläger während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit für den Beklagten auch bei diesem geschlafen habe. Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt, daß dies ein Naturalbezug sei, der dem Verdienst in Geld zugerechnet wäre. Wenn man nun für das Schlafen auch nur 1,50 M. pro Woche anrechnen wollte, so läme schon der für die höhere Versicherungsklasse maßgebende Verdienst heraus und die Anmeldung des Klägers durch den Beklagten wäre eine fehlerhafte. Für den Schaden, der daraus dem Kläger erwuchs, hätte Beklagter einzutreten. — Auf diese Behauptung hin fand sich Beklagter zu einem Vergleich bereit, der dann auch auf Zahlung von 20 M. zustande kam.

Schadenersatzanspruch aus dem Verlust einer Invalidenrente. Der Rentfortarbeiter K. klagte beim Berliner Gewerbegericht gegen die Automobilgesellschaft auf Schadenersatz, weil er nach Lösung des Arbeitsverhältnisses seine Invalidenrente nicht wiederbekommen habe und durch die Beforgung einer neuen Karte ihm Zeit und Verdienst verloren gegangen sei. Der Vertreter der Beklagten gab zu, daß Invalidenrente und Krankenversicherungsbeitrag vom Kläger abgezogen worden und beim Umzug des Büreaus abhandelt gekommen seien. Die Kammer VII unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schöden erachtete eine Schadenersatzpflicht der Beklagten für gegeben. Demgemäß kam es zu einem Vergleich auf Zahlung von 20 M.

### Die russische Revolution.

#### Konfliktolusternheit.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachfolgende Telegramm:

Petersburg, 23. Mai. Reaktionäre Kreise verbreiten die Mitteilung, es bestie die Regierung die Beweise von der Zugehörigkeit 36 sozialdemokratischer und sozialrevolutionärer Deputierter zur militärisch-revolutionären Organisation. Die Regierung beabsichtige, den Ausschluß der betreffenden Deputierten aus der Duma zu verlangen, widrigenfalls Auflösung des Parlaments erfolgen solle! — Daß die Angaben der reaktionären Kreise den Tatsachen entsprechen, ist höchst unwahrscheinlich, aber sehr wahrscheinlich ist, daß auf diese Weise ein neuer Konflikt mit der Duma geschaffen werden soll.

#### Kritik Stojpin.

Petersburg, 23. Mai. (Reichsduma.) Das Haus nimmt den Entwurf der Geschäftsordnung an. Dann hält Stojpin eine Rede über die Agrarfrage. Der Ministerpräsident kritisiert die Projekte der sozialistischen Gruppen, der Arbeiterpartei und der Kadetten und bezeichnet sie als unannehmbar. Dann entwirft er in großen Zügen die Pläne der Regierung. Unmittelbar nach der Rede Stojpins (um 6 1/2 Uhr abends) wird die Sitzung aufgehoben.

#### Vor allem: Staheldraht!

Petersburg, 23. Mai. Der Jar hat dem Ministerpräsidenten Stojpin sowie dem Minister des Innern, Jowolski, das kaiserliche Schloß auf der Insel Jaslagin zur Verfügung gestellt. Beide Minister werden dort den Sommer über Wohnung nehmen. Die Insel wird bereits mit einem dichten Staheldrahtzaun umgeben und mit elektrischem Licht versehen.

### Oesterreichs Stichwahlen.

516 Mandate hat das österreichische Volk zu vergeben, über 160 — ein Drittel aller — wurde in den gestrigen Stichwahlen entschieden. Es versteht sich von selbst, daß die an sich genügend eigenartigen Verhältnisse Oesterreichs in der Stichwahlsituation, die in minder gemischtnationalen Ländern schon Absonderlichkeiten erzeugt, durch allerhand Kompromisseleien und dergl. noch mehr kompliziert werden müssen.

Ganz besonders groß ist das Interesse, welches sich um die 6 Stichwahlen in Wien, der Hauptstadt des Reiches, konzentriert. Unsere drei Genossen Silberer, Stein, Wuischel und Forstner sind in die engere Wahl gekommen, und in den beiden Bezirken Leopoldstadt I und Alsergrund I wurden von unseren Genossen der Sozialpolitiker Dr. Osner bzw. der Fortschrittsparteiler Hofrat v. Hoch gegen die Christlichsozialen unterstützt.

Jedenfalls dreht sich alles um die Sozialdemokratie, deren Haltung, Chancen usw. Das geht u. a. hervor aus folgender Privatdepesche, die Echerl aus Wien, datiert 23. Mai, 12 Uhr 10 Minuten mittags, erhielt:

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht zu den Stichwahlen einen Aufruf, der in der Aufforderung endet: „Nieder und weg mit den Christlich-Sozialen! Reiget sie nieder, die auch Inedien wollen, und ein Freudentag wird in Nieder-Oesterreich der Tag der Stichwahlen sein! Erhebe dich, arbeitendes Volk, nun zur letzten Kraftanstrengung, erhebe dich zu neuer herrlicher Tat!“

In ähnlich auffallendem Druck ruft das antisemitische deutsche Volksblatt: „Wählt keinen Juden und keinen Sozialdemokraten! Rein und tausendmal nein! In Flammenschrift soll diese Parole jedem Oesterreicher entgegenleuchten!“

Gestern abend begaben sich zahlreiche tschechische Arbeiter und Bauarbeiter, die, weil sie noch nicht ein Jahr in Wien wohnen, hier kein Wahlrecht besitzen, in ihre böhmische Heimat, um dort ihre Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben. Die Kosten der Fahrt und den Lohnausfall bezahlt ihnen die sozialdemokratische Parteikasse. In den Orten des österreichischen Wahlkreises Wels wurden Plakate angebracht, worin die Sozialdemokraten aufgefordert werden, den deutschen Volksparteiler Holzer nicht zu wählen, sondern unbefriedigte Stimmzettel abzugeben. Es wird in dem Plakat darüber Besondere gefordert, daß die Wiener Parteileitung nicht im Einverständnis mit den Landesparteien eine Wahlparole ausgeben, und erklärt, daß dieses Vorgehen dem Hainfelder Programm widerspreche. Es heißt weiter, wenn sich die Haupt-Parteileitung solche Eigentümlichkeiten gestatte, würden sich viele der freisozialistischen Richtung anschließen. Dagegen teilt die sozialdemokratische Parteileitung in Wien mit, daß die Sozialdemokraten in Wels wie in Urfahrt gemäß der tatsächlich ausgegebenen Stichwahlparole einstimmig für die Kandidaten der deutschen Volkspartei Winter und Holzer stimmen werden. In Reulisch wurden die christlich-sozialen Arbeiter aufgefordert, ihre Stimmen für den Sozialdemokraten Kiegnar abzugeben. Dessen Gegner in der Stichwahl ein Freisozialist ist. In Tzernowitz, wo bei der Stichwahl Unruhen befürchtet werden, bleiben alle Eigentümer und Wirtschaftler bis zum Freitag geschlossen. Die öffentlichen Plätze und Gebäude der Stadt wurden heute militärisch besetzt.



Bis Redaktionsschluss liefen folgende Telegramme ein:

Wien, 23. Mai. Bei den Stichwahlen, die heute in sämtlichen Provinzen mit Ausnahme von Galizien stattfinden, gelangen insgesamt 160 Mandate zur Entscheidung. In Wien hat sich die Wahl trotz starker Agitation und intensiver Beteiligung bis mittags ohne Zwischenfall vollzogen. Nur in Fünfhäuser kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Wien, 23. Mai. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Zwei sensationelle Erfolge hat die Sozialdemokratie in Wien zu verzeichnen: Die Bezirke Meidling und Fünfhäuser wurden den Christlich-Sozialen abgenommen. In Meidling siegte Genosse Ludwig Witschel, und in Fünfhäuser wurde vom Genossen August Forstner der berüchtigte christlichsoziale Mechaniker E. Schneider, der älteste Antisemit und Mitalomörderfinder, geschlagen.

In den beiden Wiener Bezirken Leopoldstadt I und Alsergrund I siegten die Freisinnigen Ofner und Hoch, zwei von den Christlich-Sozialen bestgebährte Männer. — Die Christlich-Sozialen selber konnten nur in zwei Wiener Bezirken mühsam ihr Mandat behaupten.

Von den 5 Stichwahlen in den niederösterreichischen Städten wurden zwei für die Sozialdemokraten gewonnen, darunter Wiener-Neustadt, wo Bernerstorfer mit 1000 Stimmen Mehrheit siegte.

Insgesamt sind bis jetzt 10 sozialdemokratische Stichwahlkreise gemeldet, und zwar: acht deutsche, ein tschechischer und ein italienischer.

Prag, 23. Mai. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Von unseren Genossen sind gewählt Johann Hilpinsky und Wilhelm Kiehnler in Währen, Josef Hannich in Rumburg (Böhmen), Jaroslav Aker in Dux-Land, Adolf Reizner in Leitfisch, Heinrich Beer in Dux. Der Antisemit Boza drang gegen Genossen Housler in Prag durch.

Alle bürgerlichen Parteien, Jungtschechen, Altschechen, Staatsrechtler, Merkale, Agrarier, hatten sich gegen die Sozialdemokratie koaliert und eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet: sie suchten zu retten, was zu retten war. Bis jetzt sind als gewählt gemeldet: 11 Jungtschechen, darunter Minister Forstcht zweimal (in Prag-Weinberge und Stalin).

Die Wahlbeteiligung war sehr groß.

Wien, 23. Mai, abends 10 Uhr. (B. L. B.) Nach 78 bisher bekannten Stichwahlergebnissen sind gewählt: 12 Sozialdemokraten, 3 Christlich-Soziale, 10 Deutschfreisinnige, 9 deutsche Volkspartei, 7 deutsche Agrarier, 3 Freilandtsche, 3 Altscheche, 1 katholisches Zentrum, 10 Jungtschechen, 1 Altscheche, 10 böhmische Agrarier, 2 Merkale Tschechen, 3 böhmische Nationalsozialisten, 1 böhmischer Staatsrechtler, 1 liberaler Slowene, 1 „freier Sozialist“ und 1 Selbständiger (Wraf Sternberg).

Wien, 23. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Weitere Meldungen sichern unserer Fraktion über 80 Mitglieder. Einz wähle 2 Sozialdemokraten. In Falkenau-Land unterlag Genosse Verkauf dem Freisozialisten Starl. Unsere Partei hat überall die Stichwahlparole peinlich genau innegehalten, wodurch viele Niederlagen von Merkalen und Agrariern herbeigeführt wurden, doch sind Wolf und Graf Sternberg durchgekommen.

In Trzebinja (Wesgalisien), wo der Sozialdemokrat Krutavski in Stichwahl steht, die morgen stattfinden soll, schossen heute Gendarmen nach einer Wahlversammlung in die Volksmenge. Es wurden 8 Sozialdemokraten getötet und 40 verwundet.

## Gewerkschaftliches.

### Die Klassenjustiz.

Rom, 22. Mai.

Auch die Klassenjustiz ist international, wie die Klassen-scheidung.

In Ferrara ist dieser Tage eine Gerichtsverhandlung gegen fünf organisierte Landarbeiter beendet worden, die am 17. April d. J. in Gemeinschaft mit mehreren Unbekannten fünf Arbeiter bedroht und sie durch Gewalt veranlaßt haben sollen, der Landarbeitergewerkschaft beizutreten. Obwohl über die Anwendung von Gewalt keinerlei Aussagen vorlagen, lautete das Urteil für drei Angeklagte auf je zwei Jahre, für die zwei anderen noch minderjährigen auf je 20 Monate Gefängnis, wegen einer Tat, die, auch wenn sie durch Feigen erhardt worden wäre, doch wegen ihres Mangels an nachteiligen Folgen nun und nimmer eine so schwere Abmündung verdient! Das Urteil erklärt sich aus der großen Zuspitzung, die der Kampf zwischen Arbeitern und Grundbesitzern in der Provinz Ferrara erfahren hat durch die kolossalen Landarbeiterausstände der letzten Jahre. Den Richtern, die aus der Klasse der Herrschenden stammen, erscheint jede Auf-lehnung der Unterdrückten an sich schon als ein Verbrechen, das strenger geahndet werden muß als die Verzeiwungsakte sittlich schwächerer Individuen, die sich zwar gegen die Gesehe dieser Gesellschaft vergehen, aber ihre Mängel nicht anzutasten beabsichtigen.

### Berlin und Umgegend.

Die Posamentiere hielten am Mittwoch ihre regelmäßige Präsidialversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: „Wie verhalten sich die Kollegen zu dem Beschluß des Zentralvorstandes und wie verhalten sich die arbeitenden Kollegen zu den Streikenden?“ Der Vorstand gab bekannt, was für Schritte unternommen worden sind, um den Kollegen zum Siege zu verhelfen. Sämtliche arbeitenden Kollegen sprachen den Aus-gesparten ihre Bewunderung für ihr Ausbarren im Kampfe aus, und bedauerten, daß ihnen vom Zentralvorstand so wenig Sym-pathie entgegengebracht worden ist. — Zu bedauern ist, daß wieder vier der Ausgesparten zu Verrätern an der eigenen Sache gemordet sind; desto mehr gelobten die anderen, treu zusammen-zuhalten.

Zu der Erklärung des Verbandsvorstandes schreibt man uns: In Nr. 115 des „Vorwärts“ befindet sich unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“ eine Erklärung, worin behauptet wird: „Wohl aber wurde unter anarchistischem Einfluß von einzelnen Posamentierern die Proklamierung des Generalstreiks verlangt. Auch im Reich wurde diesem Plan nicht zugestimmt.“ Unter-zeichnet hat den Vorschlag der Leipziger Posamentierer: „Generalstreik im Reich“ zur Diskussion gestellt; daß hiermit überhaupt nicht der Generalstreik im anarchistischen Sinne gemeint war, muß der Verbandsleitung bekannt sein, denn es heißt in dem Mundschreiben unter anderem: „In Betracht kommen die größeren Städte.“ Ein Einfluß oder eine Einflüsterung von anarchistischer Seite hat nicht stattgefunden, sondern ist Unter-zeichneter Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Ebenso muß festgestellt werden, daß tatsächlich im Reich Sympathie für diesen Plan vorhanden war, nur die „jetzige Zeit“ hielt man nicht „für angetan“, da im allgemeinen zur Zeit des Schreibens (18. April 1907) die Arbeit anfangs abzuflauen. Da über die ganze Angelegenheit noch nicht die Akten geschlossen sind, kann man sich vorläufig mit dieser Feststellung der Tatsache begnügen. Ernst Daus.

Die Droßknechtler der Königsberger Fabrikgesellschaft befinden sich seit zwei Wochen in einem heftigen Lohnkampfe. Da die Gesell-

schaft in Königsberg trotz wochenlanger Verbearbeit und glänzender Versprechungen keine Arbeitswilligen erhält, so will sie sich nach Berlin wenden, um hier Droßknechtler für Königsberg zu bekommen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Königsberger Gesellschaft sind ganz miserabel; besonders das Strafsystem stand bis zum Streik in vollster Blüte. Die Kutscher waren nicht nur für die Schäden an den Droßknechten verantwortlich und mußten von ihrem fargen Lohn die Reparaturkosten bezahlen, man nahm sie auch für die geringsten Versehen und Vergehen in hohe Geldstrafen. Die Gesellschaft erkaufte den Transportarbeiterverband nicht an, trotzdem die Kutscher zu 97 Proz. organisiert sind. Selbst die Einigungsversuche, die der Vorsitzende des Gewerbe-gerichts unternahm, lehnte sie schroff ab. Jetzt erklärt sie sogar, nun selbst nicht mehr mit den eigenen Leuten zu verhandeln. Sie legt ihre ganze Hoffnung auf die Berliner Tagameterkutscher. Hoffentlich sorgen diese dafür, daß kein Streikbrecher nach Königsberg kommt.

### Deutsches Reich.

Der Streik der Maurer wurde in Chemnitz am Mittwochabend in einer von 1100 organisierten Maurern besuchten Versammlung beschlossen. Am Donnerstag früh sollte demnach die Arbeit auf den Bauten in Chemnitz eingestellt werden. Die Abstimmung erfolgte durch Stimmzettel. Von 1098 Stimmen lauteten 1078 für und nur 20 gegen den sofortigen Eintritt in den Streik. Das Abstimmungsergebnis wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Maurer fordern vor allen Dingen den Zehnstundentag und einen Mindestlohn von 50 Pfennigen. Die Unternehmer hatten diese Forderung abgelehnt mit der Begründung, daß zur Ver-längerung der Arbeitszeit kein genügender Anlaß vorliege und der von ihnen in diesem Frühjahr von 42 auf 45 Pfennige erhöhte Stundenlohn den gesteigerten Anforderungen in der Lebenshaltung entspreche. — Zugut ist streng fernzuhalten, damit auch die Chem-nitzer Maurer in der Lage sind, ihre Lohnbewegung mit gutem Erfolge zu Ende zu führen.

### Der Friede im Königsberger Hasen in Sicht.

Nun wird es wohl doch in der allernächsten Zeit zum Friedens-schluß im Königsberger Hasen kommen. Die Arbeitgeber scheinen des Kampfes müde geworden zu sein. Mancherlei kommt da in Be-tracht. Erstens sind die Seeleute in verschiedenen Orten in den Streik getreten, zweitens reihen den Neudern in Königsberg fort-gesetzt die Arbeitswilligen an. Kürzlich holten sie sich noch 130; von diesen sind am Mittwoch 31 abgegangen und 60 werden ihnen am Donnerstag folgen. Vorher sind ja bekanntlich einige Hundert abgereist. Aus 8 Orten holen sich die Arbeitgeber die Streikbrecher: aus Eibing, Breslau und Essen. Da nun die Seeleute ihnen einige Kopf-schmerzen bereiten, so wollen sie, weil sie einem Kriege in den ver-schiedensten Gegenden nicht gewachsen sind, Frieden schließen. Außerdem sind ihnen die Hasenarbeiter in Königsberg selbst noch entgegengelommen, indem sie beschlossen haben, auch mit Nicht-organisierten zusammen zu arbeiten, wenn sich die Needer ver-pflichten, die Hasenarbeiter, weil sie organisiert sind, weder zu entlassen, noch von der Arbeit auszuschließen. Sie haben sich zum Verhandeln bereit erklärt, wenn Genosse Schil-lorr, der Gauleiter des Hasenarbeiter-Verbandes, in den Zeitungen eine Erklärung abgibt, daß die Needer die Arbeitswilligen nicht mit Revolvern und Dolchen aus-gerüstet haben. Der Berichterstatter der „Hartung'schen Zeitung“ hatte nämlich in seinem Bericht verzeichnet, daß Schil-lorr in der letzten Hasenarbeiterversammlung gesagt haben soll, die Needer hätten, um die Ausgesparten zu provozieren, die Arbeits-willigen mit Nordwerkzeugen versehen. Genosse Schil-lorr hat die Erklärung am Mittwoch bereitwilligst abgegeben, da es ihm gar nicht eingefallen war, eine solche Behauptung aufzustellen.

Verständlicherweise nahm die „freisinnige“ „Hartung'sche Zeitung“ diese Erklärung nicht auf, so daß Schil-lorr versuchen mußte, sie in dem Inseratenteile dieses Blattes unterzubringen. Offenlich wird daran die Sache nicht scheitern. Kommt es zu Verhandlungen, so werden sie schon Donnerstag aufgenommen. Gleichzeitig sollen auch Tarife für alle Kategorien von Hasenarbeitern abgeschlossen werden.

Uebrigens ist der eine der Ausgesparten, welcher verhaftet worden war, weil er an den Schlägereien zwischen Ausgesparten und Arbeitswilligen teilgenommen haben sollte, im Untersuchung-gefängnis im Jersinn verstorben. Seinen Tod haben die freisinnigen Handwerksleute auf dem Gewissen. Bis jetzt hat der Kampf schon drei Tote gefordert, denn zwei mit der Schiffsarbeit nicht ver-traute Arbeitswillige fielen in den Pregel und ertranken. Das Andenken jenes Unglücklichen, der hinter Needermauern seinen Geist aushauchte, werden die Königsberger Arbeiter zu ehren verstehen.

### Zum Streik der Hamburg-Altonaer Seeleute.

Ueber den unermutet und frivoler Weise vom Zaune ge-brochenen Seemannsstreik, der selbstverständlich wieder zu einer „Nachprobe des an Reputation eingebühten Seemannsverbandes“ gestempelt wird, ist die Wallin-Presse ganz aus dem Häuschen ge-rotten. Nach Ansicht dieser Goldschreiber hätten die Seeleute hübsch bescheiden vor Wochen den Streik ankündigen müssen, damit die Wallinschen Werbeagenten englisches und sonstiges Streikbrecher-gefinde hätten heranschleppen können. Wie getern schon aus-geführt, sind dem Verein Hamburger Needer Mißstände im See-mannsberufe nicht bekannt, was durch die Tatsache allein schon ad absurdum geführt wird, daß die Seeleute keine Erhöhung der Deckerlöhne — um die reichen Neederereien nicht zu sehr zu „be-lasten“ — sondern die Befestigung dieser Mißstände verlangt haben. Vor allem wird gefordert eine angemessene Be-zahlung der Ueberstunden, die man in den meisten Fällen als „Notarbeit“ bezeichnet, für die man nach der Seemannsordnung keine Extravergrütung zu zahlen braucht, und eine bessere Be-festigung. Damit es nicht bei Versprechungen bleibe, sollen tarif-liche Vereinbarungen getroffen werden, wogegen sich die Needer in ihrer Mehrzahl sträuben. Die Herren sind es von altersher so gewohnt, die willigen Seeleute als billige Ausbeutungsobjekte zu betrachten. Geradezu köstlich und auf die Rawität des bürger-lichen Publikums spekulierend ist der in der Needer-Presse zum Abdruck gelangte Bescheid des Needervereins. Es wird darin einfach gesagt: Mißstände bestehen nicht und eine materielle Ver-besserung — mit Ausnahme der Erhöhung der Löhne für Ueber-stunden von 40 auf 50 Pf. — wird von den Seeleuten nicht verlangt; mithin handelt es sich um eine Nachprobe des Seemanns-verbandes, mit dem wir unter diesen Umständen nicht verhandeln können. Dann kommt das „warme“ Herz für die Arbeiter zum Vorschein: „Es ist bedauerlich, daß in einer detart demagogischen Weise das Wohl und Wehe von Tausenden von Arbeitnehmern aufs Spiel gesetzt wird. Frivoler ist schließlich niemals ein Streik begonnen worden.“ Herr Wallin, in dessen Brust bekanntlich zwei Seelen wohnen, ist aber ein moderner Mann; wie im vorigen Jahre und wie bei der soeben beendeten Aussperrung der Schauer-leute, hat er geäußert, wenn ihm mit starken Arbeiterorganisationen verhandeln zu wollen, geben ihm wohl die guten Gewerkschaften vorschweben. Mit „diesem“ Seemannsverbande kann er nicht ver-handeln, weil dort ab und zu starke Löne gegen die Ausbeuter-tippe von der Wasserlanke angeschlagen worden sein sollen. Die Herren werden sich auch noch mit „diesem“ Verbande abzufinden haben. Seit dem vorjährigen Seemannsstreik ist „dieser“ Verband ganz gewaltig erstarkt, denn in hellen Scharen strömen die See-leute dem Streikbureau zu, um dort ihre Seemannsbücher abzu-liefern. Am ersten Tage hoben sich doppelt so viel Seeleute im Streikbureau einfindend, als das im vorigen Jahre am ersten

Streiktag der Fall war. Die meisten Seeleute stehen in drei- bis vierzehntägiger Kündigung, so daß sie, um nicht mit den bekanntlich Kriegsartikeln ähnlich schenden Bestimmungen des Aus-nahmegesetzes gegen die Seeleute — genannt Seemanns-„Ordnung“ — in Konflikt zu geraten, erst diese Frist verstreichen lassen müssen, bevor sie sich den Streikenden anschließen können. Dem Streikbureau gehen fortgesetzt von den unter diesen Umständen noch ihre „Pflicht“ erfüllenden Seeleuten Zustimmungsschreiben zu. Bemerk sei noch, daß Herr Wallin erklärt hat, nur mit aktiven Seeleuten zwecks Verhandlung in Verbindung treten zu wollen.

Wie groß der erzieherische Einfluß der Organisation der See-leute ist, geht daraus hervor, daß in und vor dem Streikbureau eine geradezu musterhafte Ordnung herrscht, während vor Jahren, als noch kein Windmittel die Seefahrer zusammenhielt, sich wüßte Szenen abspielten, wo viele Seeleute zusammenliefen. Jedenfalls in Anerkennung dieses musterhaften Verhaltens hat die Polizei vor dem Lokale des Streikbureau eine Ehrenwache, bestehend aus zwei Schutzleuten, postiert.

### Der Abschluß des Kampfes im Dresdener Holzgewerbe.

Die Dresdener Holzarbeiter haben am Mittwochabend in einer starkbesuchten Versammlung die Beendigung des Kampfes gegen eine ziemlich erhebliche Minderheit — 393 gegen 162 Stimmen — beschlossen. Die Opposition der Minderheit richtete sich besonders gegen die Normallohnbestimmung. Der Kampf hat in Dresden acht Wochen gedauert. Die Dresdener Unternehmer gedachten sich eine Extramurk zu braten, sind aber damit ebenso so wächtig hineingefallen wie die gesamten Unternehmer bei Verhängung der so kläglich verpufften Aussperrung.

In Dresden wurde betr. der Wiederaufnahme der Arbeit eine Resolution angenommen, in der festgesetzt wird, daß jeder Betrieb zu einer Besprechung zusammentritt. Durch die Dele-gierten wird den Unternehmern die Liste von den noch vor-handenen Ausgesparten gegeben. Vor einer Regelung mit den Arbeitgebern darf kein Kollege die Arbeit aufnehmen. Nach-regelungen dürfen keine stattfinden. Solange Ausgesparten aus einem Betriebe noch vorhanden sind, darf keine anderweitige Ein-stellung stattfinden.

Wie allerorts werden also auch in Dresden die organisierten Holzarbeiter unter für die Arbeiterschaft ehrenvollen Bedingungen aus dem Kampfe in die Betriebe zurückkehren.

### Ausland.

Auf den Werften Rigas ist ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Zugut von Metallarbeitern und Werftarbeitern ist von Riga fern-zuhalten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unternehmerdünkel.

Hamburg, 23. Mai. (B. L. B.) Auf ein an den Verein Hamburger Needer gerichtetes Schreiben des Seemannsverbandes, in dem der erneute Vorschlag gemacht wird, mit einer von den Seeleuten zu wählenden Kommission in Verhandlungen einzu-treten, hat der Verein Hamburger Needer wie folgt geantwortet: „Wir besitzen Ihr Schreiben vom 22. d. M. Mit der darin aus-gesprochenen Behauptung, daß Sie ehrlich den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wollen, hat das bisherige Ver-halten Ihres Verbandes, Ihres Verbandsvorsitzenden und Ihres Verbandsorgans, sowie besonders Ihr Verfahren bei der Vor-berereitung und Verkündigung des gegenwärtigen Streiks so sehr in Widerspruch gestanden, daß wir dadurch der Aufgabe überhoben sind, auf die ausführlichen Darlegungen Ihres Schreibens weiter einzugehen. Das bisherige Verhalten Ihrer Organisation macht es uns und der überwiegenden Majorität der deutschen Needer unmöglich, mit Ihnen in Verhandlungen zu treten oder Ab-machungen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Ihnen zu treffen.“ Das würde erst möglich sein, wenn der Seemanns-verband den Beweis erbracht hat, daß er eine sachliche und ehr-liche Vertretung der Arbeiterinteressen ist. Wir lehnen daher jeden Verkehr mit Ihrer Organisation nach wie vor ab. Da wir aber den Seeleuten durchaus nicht die Möglichkeit abschneiden wollen, uns ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen, so werden wir jederzeit bereit sein, wenn von den Seeleuten eine Kommission aktiver Leute gewählt wird und sich als solche legitimiert, sie an-zuhören und ihre Wünsche in Erwägung zu ziehen. Vorberingung einer solchen Besprechung ist selbstverständlich die Aufhebung des jetzigen Streiks.

### Madefische.

Altona, 23. Mai. (B. L. B.) Der Schuhmacher Jacobson in Logten bei Altona wurde wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokra-tischen Partei aus dem Schulkollegium ausgeschlossen.

### Bergiftete Nahrungsmittel.

Mülheim (Ruhr), 23. Mai. (B. L. B.) Nach dem Genuß von Bieruppe erkrankte hier eine Bergmannsfamilie unter Vergiftungs-erscheinungen. Die Familienmitglieder schwaben in Lebensgefahr. Die Ursache der Vergiftung, der auch zwei Haustiere zum Opfer ge-fallen sind, konnte bisher nicht festgestellt werden.

### Der Terror.

Lodz, 23. Mai. (B. L. B.) Heute wurde hier ein Ingenieur der Fabrik Poznański auf offener Straße ermordet.

### Pflege der internationalen Solidarität.

Liverpool, 23. Mai. (B. L. B.) Nach einer Angabe des Sekretärs des Nationalverbandes der Seeleute und Heizer ist vor kurzem an den hiesigen Dampfschiffreederverband formell die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung von 10 Schillingen monatlich für die Seeleute, Heizer und Trimmer auf allen Aus-landsschiffen und von 2½ bis 3 Schillingen für die Leute auf Küstendampfern gestellt worden. Weiterhin wird auch versichert, daß in der internationalen Bewegung unter den Transport-arbeitern, der Klassen: Dockarbeiter, Eisenbahner und Fuhrleute ein Fortschritt erreicht sei in bezug auf gemeinsames Vorgehen im Falle von Streiksfragen und die Herausziehung von nichtorgani-sierten Arbeitern nach irgendwelchen Hauptplätzen in Europa, wo solche Streitigkeiten ausgebrochen sind, zu verhindern.

### Zum Streik in den Randminen.

Bretoria, 23. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Heute vormittag sind Truppen nach Johannesburg entsandt worden als Vorhatsmaßregel angesichts der durch den Ausstand in den Randminen geschaffenen Lage.

Johannesburg, 23. Mai. (B. L. B.) Auf einigen vereinzelt liegenden Minen, deren Arbeiter sich bisher geweigert hatten zu streiken, wurde durch Drohungen die Einstellung der Arbeit er-zwungen. Es fanden heute mehrere ernste Ruhestörungen statt. Die Umzäunungen der Minen wurden niedergeworfen. Bei einer Mine wurde die Polizei mit Steinen beworfen und mit Stöcken geschlagen, bei einer anderen hatte die Mißhandlung von Berg-leuten, die sich dem Ausstand widersetzen, einen Kampf zur Folge, in welchem Revolverkugeln gewechselt wurden. Ein Bergarbeiter wurde vermurdet. 700 Mann englische Kavallerie und Infanterie sind heute abend hier eingetroffen.



11te Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Berlin, den 23. Mai 1907.

Graf v. Posadowsky-Wehner eröffnete die 11. Generalversammlung mit etwa folgenden Worten: Ich habe die Ehre, Ihnen für Ihr zahlreiches Erscheinen zu danken. Wir sind auch im letzten Jahre bemüht gewesen, entsprechend unseren Satzungen und nach Lage unserer finanziellen Mittel erwachsene Tuberkulose-Franke in Heilstätten aufzunehmen. Wir haben auch die Heilstätten unterstellt, in denen tuberkulöse Kranke Kinder aufgenommen werden. Wir haben auch solche Kranke unterstützt, die in der Familie versorgt werden. Ferner haben wir der Prophylaxe unsere volle Aufmerksamkeit zugewendet und Heilstätten, die sich in der Hauptsache mit Prophylaxe beschäftigen, ebenfalls unterstützt. Die Tuberkulose hat ihre Ursache in wirtschaftlichen, hygienischen und sittlichen Momenten. Wenn man die Tuberkulose in vollem Umfange bekämpfen wollte, dann müßte man den Kampf gegen das menschliche Elend überhaupt führen. Wir sind bemüht, ein gesundes, arbeitsfrohes und lebensfrohes Geschlecht zu erzeugen. Wenn wir dies Ziel auch nur schrittweise erreichen, so wollen wir doch unablässig bemüht sein, uns diesem Ideale zu nähern im Interesse der Zukunft unseres Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Dem hierauf von dem Generalsekretär Oberstaatsarzt a. D. Dr. Kietner erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen: Das Zentralkomitee hat zurzeit 1460 Mitglieder, gegen 1310 am 1. Januar 1906. Die Einnahmen des Zentralkomitees im Jahre 1906 setzen sich in der Hauptsache zusammen aus den Jahresbeiträgen in Höhe von 33 000 M., aus dem Reichszuschusse von 60 000 M. und aus den Resteinnahmen der vorjährigen Lotterie in Höhe von 15 250 M. Die Landesversicherungs-Anstalten und die gleichberechtigten Klassen sind nach wie vor die Hauptträger der Bewegung gegen die Tuberkulose. Es sind in Deutschland 87 Volkshilfsstätten für Lungenkranke mit 8422 Betten vorhanden, 35 Privatheilstätten haben 2118 Betten, 17 Heilstätten für Kinder haben 650 Betten und für tuberkulöse Kinder stehen 67 Anstalten mit 6092 Betten zur Verfügung. Im Bau begriffen sind noch 11 Volkshilfsstätten mit rund 800 Betten. Es sind ferner zwei ländliche Kolonien vorhanden. In Walderholungsstätten sind dem Zentralkomitee 67 bekannt geworden. 117 Auskurst- und Fürsorgestellen, etwa 90 gleichwertige Tuberkulose-Auskurststätten in Baden sowie drei Waldschulen sind vorhanden. Zur Behandlung des Lupus sind vier Spezialanstalten eingerichtet. Der Volksbelehrung ist nach wie vor als einer der wichtigsten Maßnahmen die größte Aufmerksamkeit gewidmet worden. Sehr wichtig hat sich das Wandertuberkulosemuseum, das in Darmstadt eingerichtet ist. Das Zentralkomitee hat den Plan in Erwägung gezogen, auch ein solches Wandermuseum einzurichten, das jeweils dahin zu schicken wäre, wo eine stärkere Propaganda besonders notwendig scheint.

Dr. med. Rudolf Hennhof teilte mit, daß sich gestern unter seinem Vorsitz ein Verein von Heilstätten-Ärzten gebildet habe. Der Verein, der sich über ganz Deutschland erstrecken solle, stehe mit der Viktoria-Lebensversicherungs-Gesellschaft zwecks Abschluß eines Vorzugsvertrages für seine Mitglieder in Unterhandlung.

Der stellvertretende Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz, Regierungsrat Rehl-Düsseldorf, sprach hierauf über die Tuberkulosebekämpfung auf dem Lande. Der Redner führte aus, daß die Erkrankung und Sterblichkeit an Tuberkulose auf dem Lande bei weitem größer sei als in den Städten. Schuld hieran sei wohl in erster Linie die Verständnislosigkeit für hygienische Maßnahmen und auch der Umstand, daß es auf dem Lande an der erforderlichen ärztlichen Hilfe und an Heilstätten fehle. Es sei daher dringend erforderlich, auf dem Lande Heilstätten und Ausbildungskurse für Krankenpflege zu schaffen.

Pastor Arnold-Varmen: Die Aufklärung unter der Landbevölkerung im Rheinland und auch die Heilstättenbehandlung haben Fortschritte gemacht. — Prof. Dr. med. Stark-Karlsruhe vermachte ähnliches von Baden zu berichten. — Geh. Regierungsrat Wielefeldt-Lübeck sprach danach über die bisherigen Leistungen der Heilstätten. Der Redner wies an der Hand der Statistik nach, daß die Heilstättenbehandlung in wirtschaftlicher und hygienischer Beziehung den Vorzug verdiene. Die in Heilstätten behandelten Kranken verfallen in bedeutend geringerem Maße der Invalidität. Es sei auch statistisch nachgewiesen, daß die Heilstättenbehandlung eine Verminderung der Tuberkulose-Erkrankungen und der Sterblichkeit bewirkt habe. — Dr. med. Rumpf-Ebersteinburg bei Baden-Baden sucht vom medizinischen Standpunkt aus den Nachweis zu führen, daß die Heilstättenbehandlung die besten Erfolge erzielt habe. Sie trage in hohem Maße zur Verminderung der Tuberkuloseerkrankung überhaupt bei, da dadurch die Ansteckungsgefahr wesentlich vermindert werde. 1896 haben die Tuberkulose-Erkrankungen nachzulassen begonnen. Von 1891 ab sei eine wesentliche Verminderung eingetreten. Wenn man auch diese Verminderung nicht vollständig auf das Konto der Arbeiterversicherung rechnen könne, so sei jedenfalls der Arbeiterversicherung die Verminderung in ganz erheblichem Maße zu danken. Die Prophylaxe könne zweifellos sehr viel leisten, sie reiche allein aber nicht aus, sondern müsse mit der Therapie Hand in Hand gehen.

Prof. Dr. Kuttner-Berlin: Die soziale Frage deckt sich in der Hauptsache mit der Tuberkulosefrage. Jeder soziale Mißstand trage zur Vermehrung der Tuberkuloseerkrankungen bei.

Es traten noch in längerer Rede für die Heilstättenbewegung ein Dr. med. Reple-Welfungen (Hessen-Nassau), Geh. Regierungsrat Rehl-Düsseldorf, Geh. Medizinalrat Dr. Wolff-Reiboldsgrün (Sachsen), Prof. Dr. Petruschky-Danzig und Prof. Dr. Hammer-Heidelberg.

Danach schloß Staatssekretär Graf v. Posadowsky die Generalversammlung.

11te ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

(Offizieller Bericht des Vorstandes.)

Zweiter Verhandlungstag.

Schluß der Nachmittags-Sitzung.

Fortsetzung der Debatte über die Berichte des Vorstandes und Ausschusses.

Die Errichtung von Verwaltungsstellen im Königreich Sachsen befaßte Krause-Chemnitz. Der § 1a des sächsischen Vereinsgesetzes verbietet den Minderjährigen die Teilnahme an den Versammlungen, und das würde durch die Errichtungen von Verwaltungsstellen erzielt werden. Damit würde diesen Mitgliedern ein wichtiges Recht entzogen werden. Die Polizei will es gerade haben, daß wir Verwaltungsstellen errichten, weil sie und beobachten will, und das kann sie weit besser, wenn wir Verwaltungsstellen errichten. Wir werden unter das Vereinsgesetz gestellt, weil wir öffentliche Angelegenheiten behandeln. Als solche ist schon das Herbergswesen betrachtet worden. Die Anmeldung der Mitglieder muß erfolgen, sobald wir nur in einem Ort einen recht schneidigen Polizeiverwalter bekommen. Es sind eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen anderer Organisationen vorhanden, welche sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Bezüglich der Unterrichtsfrage ist Cohen-Berlin der Meinung, daß dieselben soviel als nur möglich benutzt werden

solten. Mit der Unterstützung der Parteischule, wie sie Dörmann wünscht, ist Redner aber nicht einverstanden, weil die Ausbildung auf der Parteischule nicht das erfüllen kann, was die Gewerkschaften wollen. Jeder Zweig der Bewegung muß besonders gepflegt werden. Die statistischen Erhebungen werden von Cohen-Berlin empfohlen, und wünscht Redner die darauf bezüglichen Anträge dem Vorstand überweisen zu sehen. Mit dem Besuch der Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg können nach der Meinung von Cohen-Berlin die Besucher vollkommen zufrieden sein. Die Verantwortlichkeit der Bezirksleiter bespricht noch Cohen-Berlin. Er ist der Meinung, daß den Bezirksleitungen mehr Rechte eingeräumt werden, und dann allerdings die Verantwortlichkeit der Bezirksleiter erweitert werden soll. Die Unterstützung der Reisenden bei Eisenbahnfahrten ist nach seiner Ansicht ein Schritt zu weit, den die letzte Generalversammlung getan hat. Wir leisten an Unterstützungen schon zuviel, weil der Zweck unseres Verbandes eben nicht das Unterstützungswesen ist. Er, Redner, selbst und die ganze Berliner Delegation stehen auf dem Standpunkt, daß an Unterstützungen in keinem Fall mehr als heute geleistet werden kann.

Die Veröffentlichung der vertraulichen Sitzung der Gewerkschaftsvorstände hat die Leipziger Delegation veranlaßt, an den Vorstand eine Anfrage zu richten, wie seine Stellung dazu gewesen sei. Böhle- und Probst-Leipzig begründen die Anfrage damit, daß sich der Leipziger Kollegen eine begriffliche Aufklärung bemächtigt, und sie Kenntnis der Stellung des Vorstandes verlangen müssen. Cohen-Berlin erklärt als Mitglied der Generalkommission, daß die Veröffentlichung von Protokollen vertraulicher Sitzungen in keinem Fall erfolgen könne. Es sei auch gerade bei der damaligen Stimmung in keinem Fall von diesem Grundsatze abzuweichen gewesen. Die dann dennoch erfolgte Veröffentlichung habe auch die Enttäuschung gebracht, und da die Effektivität nicht auf ihre Rechnung kam, sei man nun auf diese Sache hier zurückgekommen.

Die Debatte über den Ausschubbericht spitzt sich in einer oft auf das persönliche Gebiet überspringenden recht scharfen Weise zu.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte angenommen.

Das Schlupfwort nimmt Schlöde: Gegen das Vorhandensein gegenständlicher Meinungen habe er sich nicht geäußert. Es sollen nur die ungerechtfertigten Behauptungen im Bericht des Ausschusses vermieden werden. Ein schnelleres Handeln sei in diesen Fällen unerlässlich und die Beschwerdekommision wird nach dem vorhandenen Material in der Lage sein, die Beschwerden zu prüfen. Das frühere Erscheinen der Berichte ist auf die schnelle Entwicklung des Verbandes zurückzuführen, die es nicht ermöglicht, neben den laufenden Arbeiten Berichte schneller herzustellen. Der Wunsch betr. statistische Erhebungen und Sammlung der Tarife usw. werde der Vorstand berücksichtigen. Es ist die Errichtung eines literarischen Bureaus in die Wege geleitet, das das Material für die Agitation nutzbar machen soll. Das Material für die statistischen Erhebungen sei jedoch oftmals so mangelhaft, daß es fraglich sei, ob die Veröffentlichung für den Verband überhaupt von Wert sei. Die Ergänzungen zur Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg sollen nicht aufgegeben werden; es wird der Versuch gemacht werden, das Gesehene den Mitgliedern durch Vorträge zugänglich zu machen. Der Besuch der Unterrichtskurse seitens der Lokalbeamten werde gefördert werden. Das sei aber erst dann möglich, wenn Erfolge für diese Kurse vorhanden sei. Die Dinge stehen jetzt so, daß die Beamten noch nicht einmal in allen Fällen ihren Urlaub ausnützen können. Die Ausdehnung des Besuchs der Kurse auf die Bezirksleiter sei zwar nicht in allen Fällen durchführbar, aber es sei auch diesen Beamten zum Mindesten ein systematisches Hinweisen auf die Literatur durch die Kurse recht wünschenswert. Zum Antrag Essen, auf Einführung der gesetzlichen 10stündigen Arbeitszeit, empfiehlt Redner den Uebergang zur Tagesordnung, weil die Reichstagsfraktion derartige Anträge längst eingebracht habe. Die Agitation im Ruhrgebiet wird nach Möglichkeit gefördert, die Agitation in der Schwerindustrie ist noch eine recht schwierige. Es soll demnächst eine Verbandskonferenz der Eisenhüttenindustrie stattfinden. Die Erleichterung des Uebertritts aus dem Allgemeinen Metallarbeiterverband in den Deutschen Metallarbeiterverband möge durch Ueberweisung des betreffenden Antrages an den Vorstand in die Wege geleitet werden. Der Uebertritt der Metallarbeiter-Krankenkasse ist technisch unmöglich; es ist aber auch fraglich, ob wir einen Gewinn davon haben. Die Errichtung von Verwaltungsstellen im Königreich Sachsen sei durch die Ausführungen von Krause-Chemnitz erschöpfend behandelt. Die diesbezüglichen Anträge haben wohl kaum Kenntnis von den Motiven zum sächsischen Vereinsgesetz. Bei reichsgesetzlicher Regelung der Materie werde Einseitigkeit geschaffen werden. Zur Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz erklärt Redner, daß er sowie der Redakteur Scherz die vertraulichen Sitzungen auch vertraulich behandelt und demzufolge auch gegen die Veröffentlichung seien. Die Stellung derartiger Anträge seitens der Leipziger Kollegen sei mehr auf Sensation berechnet, daher die ablehnende Haltung des Vorstandes. Das Verhaltensreglement stellt die Ausführungsbestimmungen zum Statut dar. Bei der Eisenbahn-Arbeiterunterstützung haben sich demart Uebergriffe herausgestellt, daß diese Ausführungsbestimmungen unerlässlich waren; gestützt wird der Inhalt des Verhaltensreglements durch Beschlässe der Statutenberatungskommission. Die Versicherung der Verbandsbeamten ersucht Redner bei einem anderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. In den letzten zwei Jahren seien in jeder Beziehung ganz bedeutende Fortschritte gemacht, unseren Mitgliedern bedeutende Vorteile geschafft worden. Es sei der Boden für ein gegenseitiges Vertrauen gegeben, und gerade das sei im Bericht des Ausschusses zu vermischen.

Bezüglich der Protokolle der Vorstandssitzungen seien so lächerlich, daß der Ausschub sich nicht darauf stützen könne. Es sei Pflicht des Vorstandes, die Ausschubanträge in seiner Gesamtsitzung zu erledigen. Redner geht nochmals auf die Einzelanträge ein. Es sei nach seiner Meinung eine Ueberschreitung der Kompetenzen des Vorstandes nicht zu bestreiten.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erfolgt Abstimmung über den Antrag des Ausschusses auf Entlastung des Hauptkassierers Berner. Die Generalversammlung beschließt einstimmig demgemäß. Es wird in die Spezialdiskussion eingetreten. Ausschubanträge werden die Anträge, welche auf die Kaiserliche Bezug haben, und die, die Beschwerden betreffen, werden den betreffenden Kommissionen überwiesen.

Fraulein Radeit-Berlin: Man möge auch Arbeiterinnen zu den Unterrichtskursen heranziehen. Die Kurse würden sehr viel dazu beitragen, auf die Agitation befriedend zu wirken. Es wäre interessant, zu wissen, ob die Leipziger Kollegen, die doch stets für die Prinzipien eintreten, für die Gleichberechtigung der weiblichen Arbeiter eintreten. Es muß unbedingt mehr für die Agitation unter den Arbeiterinnen getan werden.

Sommerfeld-Lübeck: Es sei schwer, Referentinnen für die Agitation zu gewinnen.

Gehe-Köln empfiehlt die Herausgabe von Agitationsmaterial betreffend die Erfolge des Verbandes und die Nachrichten der Gegner.

Die Anträge 3-7 betreffend intensivere Agitation im Ruhrgebiet, Sammlung und Herausgabe von Agitationsmaterial und Zusammenstellung der Verzeichnisse der Großbetriebe werden dem Vorstand überwiesen.

Dahin-Berlin empfiehlt statistische Erhebungen über die Lohnverhältnisse der Dreher.

Patlowitsch: Die Löhne der Dreher sind so verschieden wie in keinem anderen Beruf. Ganz in der Nähe von Berlin werden 18 Pf. Stundenlohn bezahlt, während in Berlin selbst nicht unter 55 Pf. bezahlt wird. Die Gesamtanquete sei schwer durchführbar und es sei fraglich, ob der Wert den Kosten entspreche. Eine Verbandskonferenz oder zunächst eine Verständigung mit den größeren Orten Deutschlands sei nötig.

Lauterbach-Stuttgart empfiehlt eine statistische Aufnahme der Arbeitszeiten in der Metallindustrie.

Danach werden die Anträge 12-14 betreffend statistische Erhebungen dem Vorstand überwiesen. Ein Antrag, der die Ausschreibung von Beamtenstellen dann vermeiden will, wenn Bewerber am Orte vorhanden sind, wird abgelehnt; ein weiterer Antrag, der besagt, daß nur Verbandsmitgliedern im Hauptbureau beschäftigt werden sollen, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Undeutsch-Müßeln bittet die Anträge auf Errichtung von Verwaltungsstellen im Königreich Sachsen der sächsischen Delegation zu überweisen.

Probst-Leipzig erklärt, daß eine Ueberweisung an die sächsische Delegation der Ablehnung gleichkäme, verlangt aber Abstimmung über die entsprechenden Anträge.

Schöffler-Dresden: Der Antrag ist als Wahlsparole der Leipziger Delegierten auszugeben.

Die Anträge auf Errichtung von Verwaltungsstellen im Königreich Sachsen werden hierauf abgelehnt.

Sommerfeld-Lübeck wünscht einheitliche Festlegung der Anmeldefristen für Streiks in allen Organisationen der Metallindustrie.

Der diesbezügliche Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag, Verschmelzung mit dem Schmiedeverband und Uebertritt von Mitgliedern des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes wurde dem Vorstand überwiesen.

Die Nachmittags-Sitzung fällt aus, es findet ein Ausflug nach dem Starnberger See statt.

München, 23. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Generalversammlung der Metallarbeiter hat die Klaffifikation der Beiträge abgelehnt und eine Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 60, für weibliche und jugendliche auf 25 Pf. angenommen.

Bericht: Im Bericht über die Vormittags-Sitzung des zweiten Verhandlungstages ist ein Irrtum unterlaufen. Es soll nicht heißen: Die Einzelmitglieder im Königreich Sachsen wünschen die Errichtung von Verwaltungsstellen, sondern „die Einzelmitglieder in Leipzig“ wünschen...

Verbandstag der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Berlin, 23. Mai 1907.

Heute wurde die Debatte über den Geschäfts- und Kassenbericht fortgesetzt. Unter anderem kamen einige Fälle von behördlichem Eingriff in das Koalitionsrecht zur Sprache. So wurde ausgeführt, daß die Eisenbahndirektionen Kassel und Erfurt die Bahnpolizeure durch Stundschreiben aufgefordert haben, die organisierten Arbeiter zu entlassen und unorganisierte einzustellen.

Schumann kam in seinem Schlupfwort unter anderem auf die Frage der Grenzstreitigkeiten zurück, die auch in der Debatte einen breiten Raum eingenommen hatte. Es war angeregt worden, die Generalkommission zu einem Schiedsspruch über die Streitigkeiten zwischen dem Brauereiarbeiterverband und dem Transportarbeiterverband zu veranlassen. Hierzu sagte Schumann: Auf Grund des Standpunktes, den die Generalkommission in dieser Frage einnimmt, sei von ihr keine Entscheidung zu erwarten, womit sich der Transportarbeiterverband einverstanden erklären könnte. Die nächste Vorstandskonferenz werde zu entscheiden haben, ob sie damit einverstanden sei, daß ihren Beschlüssen durch die Generalkommission eine andere als die beabsichtigte Auslegung gegeben werde. Der Verband werde von der nächsten Vorstandskonferenz und vom nächsten Gewerkschaftslongree mit aller Entschiedenheit verlangen, daß klar und bestimmt ausgesprochen werde, ob die Berufs- oder die Betriebsorganisation die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation sein soll. Sollte die Entscheidung für die Betriebsorganisation ausfallen, dann werde der Handels- und Transportarbeiterverband mit aller Entschiedenheit dafür sorgen, daß ihm alle in Warenhäusern und sonstigen Handelsbetrieben beschäftigten Schneider, Tapezierer, Sattler, Tischler, Uhrmacher, Metallarbeiter usw. beizutreten haben. — Hinsichtlich der Kritik, welche einzelne Disziplinierungs- und Uebertrittsbedingungen des Vereines Berliner Hausdiener übten, sagte Schumann: Es sei ein Irrtum, wenn man glaube, das Prinzip der Einheitsorganisation sei durchbrochen durch die Sonderbestimmungen, welche dem übergetretenen Verein hinsichtlich des Beitrages usw. gewährt wurden. Es handele sich hier lediglich um Bestimmungen, die praktischen Erwägungen entspringen sind. Man habe dem Verein den Uebertritt so leicht wie möglich machen müssen. Anderenfalls würde man sich der Einheitsorganisation nicht nähern, sondern sie in weite Ferne getrieben haben. — Weiter führte der Redner aus, der Verband betrachte es als seine Hauptaufgabe, die Berufsangehörigen zu kämpfen für ihre Interessen zu erziehen. Große Kämpfe, wie sie andere Gewerkschaften zu bestehen haben, würden auch den Handels- und Transportarbeitern nicht erspart bleiben. Auch sie würden mit großen Aussparungen zu rechnen haben. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Organe des Staates treten den Transportarbeitern feindlich gegenüber, wie das Vorgehen der Eisenbahndirektionen gegen die Kolltuscher zeigt. Das Verhalten der Eisenbahndirektionen lasse erkennen, daß die Regierung nicht nur den Eisenbahnern, sondern allen Transportarbeitern das Koalitionsrecht nehmen möchte. Dagegen wird sich der Verband wehren, nicht durch Petitionen, sondern durch energische Agitations- und Organisationsarbeit. Wenn wir es dahin bringen, daß alle Kolltuscher organisiert sind, dann mögen die Eisenbahndirektionen die Beschäftigung organisierter Kolltuscher zehnmal verbieten, die Expediture sind dann eben nicht in der Lage, dem Verlangen der Eisenbahndirektion nachzukommen. Wir werden durch Anspannung unserer Kräfte dafür sorgen, daß die Wäme der Unternehmer und der staatlichen Bureaukratie nicht in den Himmel wachsen. (Lebhafte Beifall.)

Die gestern mitgeteilte Resolution zum Grenzstreit mit den Brauereiarbeitern wurde einstimmig angenommen. — Ferner wurde beschlossen, daß die Geschäftsberichte des Vorstandes nicht wie bisher in zweijährigen Perioden, sondern alljährlich herausgegeben werden.

In der Nachmittags-Sitzung erstattete Dreher-Berlin den Bericht der Redaktion des Verbandsorgans „Courier“. Er verwies auf das erfreuliche Emporkommen des Blattes. Als vor 10 Jahren gegründet wurde, habe selbst der größte Optimist nicht geglaubt, daß das Blatt heute bereits eine Auflage von 100 000 haben werde, die ja jetzt erreicht sei. Der „Courier“ sei ein brauchbares und unentbehrliches Mittel im Kampfe für die Interessen der Berufsangehörigen. Die Erfüllung der Aufgaben des „Courier“ werde jedoch dadurch erschwert, daß er nur alle 14 Tage erscheine. Dieser Zustand sei unhaltbar; es sei notwendig, daß das Blatt jede Woche erscheine, wie die Organe aller größeren Gewerkschaften.

Verpoiner-Rürnberg erstattete den Bericht der Preh-Kommission. Derselbe behandelt lediglich Beschwerden unentschiedener Art.

Zum Punkte „Presse“ lagen 45 Anträge vor, von denen 28 das wöchentliche Erscheinen des „Courier“ befrworteten.



Grundfällige Einwendungen gegen die Haltung des Blattes wurden weder in den Anträgen noch in der Diskussion erhoben. — Beschlüssen wurde, den „Courier“ vom 1. Juli ab wöchentlich erscheinen zu lassen. — Im „Courier“ sollen Artikel über Arbeiterrecht und Versicherungswesen abwechselnd gedruckt werden. — Ein Antrag: „Der „Courier“ ist mehr als bisher mit politischen Artikeln und Berichten auszulasten“ wurde abgelehnt, nachdem der Redakteur Dreher und der Verbandsvorsitzende Schumann erklärt hatten, der „Courier“ werde nach wie vor von allen wichtigen politischen Ereignissen Kenntnis nehmen, jedoch könne ein gewerkschaftliches, wöchentlich nur einmal erscheinendes Blatt sich nicht mit der Tagespolitik befassen. In dieser Hinsicht müssten die Berufsangehörigen auf die politische Arbeiterpresse verwiesen werden. — Angenommen wurde ein Antrag: Die Preiskommission des „Courier“ auszulösen.

Schumann erstattete hierauf Bericht über den fünften internationalen Transportarbeiter-Kongress, der im Juni vorigen Jahres in Mailand abgehalten wurde. Unter anderem sagte der Redner, der Kongress habe gezeigt, daß die Solidarität, das Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit der Arbeiter bei den englischen Gewerkschaften bei weitem nicht so entwickelt sei wie bei den bisher angenommenen haben. Das habe ja auch der jüngste Hamburger Hafenarbeiterstreik bewiesen. — Bei der Beratung der den Eisenbahnern zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Kampfmittel habe der Kongress auch auf die passive Resistenz, der peinlich genaue Befolgung aller Dienstvorschriften, Rücksicht genommen. Die österreichischen Eisenbahner hätten damit Erfolge erzielt. Auch die deutschen Transportarbeiter könnten in die Lage kommen, dieses Kampfmittel anzuwenden. Wenn etwa alle bei der Berliner Straßenbahn bestehenden Vorschriften genau befolgt würden, dann könne in der Leipzigerstraße der ganze Verkehr ins Stocken gebracht werden. Auch für die deutschen Eisenbahner werde hoffentlich die Zeit kommen, wo sie nicht mehr eine Faust in der Tasche machen, sondern sich durch passive Resistenz ihre Rechte erkämpfen. Mit dem Schluß dieses Referates war die Sitzung beendet.

### 10. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

Leipzig, 22. Mai.  
Nach Verlesung eingegangener Begrüßungsschreiben von Frankfurt und Stettin wird in der Diskussion über den Arbeits- und Lohnsatz fortgefahren. Friedemann-Leipzig, Vorstandsmitglied, geht näher auf die mit dem Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gepflogenen Verhandlungen ein und kritisiert scharf dessen ablehnende Haltung. Dem Vorstand des Lagerhalterverbandes seien Grundzüge zur Ausarbeitung eines Arbeits- und Lohnsatzes unterbreitet worden, die den gewerkschaftlichen Tendenzen direkt widersprechen. So wolle der Vorstand des Verbandes der Konsumvereine von einem festen Gehalt nichts wissen, sondern das Gehalt mit einer Umsatzprovision verknüpfen.

Böhmer-Dresden teilt vollständig den Standpunkt Friedemanns; er hätte gewünscht, daß der Verbandsvorstand so wie früher auf seinem entschiedenen ablehnenden Standpunkt gegenüber den ihm unterbreiteten Grundzügen stehen geblieben wäre und nicht erst versucht hätte, ein Kompromiß einzugehen, das nur schädlich für die Gesamtheit der Kollegen sei. Sehr verurteilt der Redner noch die vom Konsumvereinsvorstand vorgesehene ungleiche Bezahlung der weiblichen und männlichen Arbeitskraft. Braune-Radeberg führt aus, daß bei der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unter den Kollegen die Hoffnung erweckt wurde, der Zentralverband werde vorbildlich auf sozialpolitischem Gebiete wirken. Dabei sei aber zu sehen, daß er in dieser Beziehung auf diesem Gebiete geradezu als Hemmschuh sich betätige. Nach seiner Meinung ist Herr Kaufmann, der Sekretär des Verbandes, der spiritus rector bei diesen Aktionen. Es sei aber, wie es wolle, die übrigen Vorstandsmitglieder des betreffenden Verbandes hätten selbst Manns genug sein müssen und sich nicht von Kaufmann rückwärts drängen lassen. Auf dem Revisionsverbandstag, in Birna sei man sehr unvorsichtig gewesen. Die gewerkschaftlichen Forderungen hat man als unannehmbar bezeichnet, woraus der Privatunternehmer nur Nutzen ziehe. Wenn die Lagerhalter auch den Genossenschaftler in sich nicht erwidern wollen, so müssen sie sich doch befinden, daß sie auch gegebenenfalls eine Kampforganisation sind.

Schmidt-Zwickau führt aus, daß sich die Ansicht der Kollegen seines Bezirks, die er hier vertreten muß, nicht deckt mit den Ausführungen der Vorredner. Obwohl die Kollegen in seinem Verein von der Annahme des Dienstvertrages keinen Vorteil haben, so gibt es doch im Erzgebirge und Vogellande eine sehr große Zahl von Vereinen, die mit den Lagerhaltern Verträge abschließen, die als elende Madamerle bezeichnet werden müssen. Gegen diese Bedenke der vorliegende Dienstvertrag eine sehr große Verbesserung. Scharf wendet der Redner sich gegen den erwähnten Anspruch Lehmanns-Gutzlich, den die Lagerhalter und Handlungsgehilfen als Beleidigung empfinden und auf das entschiedenste zurückweisen. Reichelt-Chemnitz ist nicht der Meinung, daß der vorliegende Dienstvertrag quasi als Waffe den rückfälligeren Vereinen gegenüber gebraucht werden könne, ehe würde der Dienstvertrag in verschiedenen Vereinen den Lagerhaltern gegenüber als Waffe gebraucht werden. Doch dies keine leere Vermutung ist, zeigte Redner an einem Fall aus seinem Verein.

Auch Böber-Rannheim zeigt an einem Fall, wie zutreffend die Vermutungen Reichelts sind. Während auch Feldhausen-Frankfurt gegen die Annahme des Dienstvertrages spricht, befürwortet Krause-Magdeburg die Annahme. Wohl sei auch er der Meinung, daß der Vertrag noch nicht vollkommen sei, aber man solle vorläufig doch das Wenigste nehmen, um dann weiter auf einmal geschaffener Basis zu arbeiten. Dagegen empfiehlt das Ausschussmitglied Kater-Berlin, den Dienstvertrag abzulehnen, um besseres zu schaffen.

Bamberg-Leipzig verteidigt energisch den Dienstvertrag. An der Hand der einzelnen Paragraphen widerlegt er die Behauptungen, daß der Dienstvertrag nur Verschlechterungen bringe. Nicht ein einziger Paragraph bringe Verschlechterungen. Nur der Paragraph 8, der die Monatsvergütung regelt, könne Bedenken erregen. Wer jedoch eine so große Zahl von Verträgen unter der Hand gehabt hat, wie der Vorstand, der müsse zugeben, daß für neun Nehtel der Kollegen auch die Fassung dieses Paragraphen einen Vorteil bedeutet. Denn wieviele Vereine gebe es nicht, die überhaupt noch nichts vortragen, während der besagte Paragraph die Übertragung eines Viertelprozents von Uberschuß und Gehaltsbeitrag vorsehe. Nachdem Schollbach-Meuselwitz, Engmann-Fraunschweig, Krätzsch-Brandenburg und Hiers-Damitz sich nicht direkt gegen den Dienstvertrag aussprechen, wohl aber die Übertragung von einem Viertelprozent für zu gering halten, ergreift Buhl-Leipzig das Wort, um eine von ihm mitunterzeichnete Resolution zu begründen. Diese Resolution lautet:

„In Anbetracht des geringen Entgegenkommens des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beim Abschluß des Dienstvertrages wolle die Generalversammlung beschließen, dem Dienstvertrag die Zustimmung zu versagen.“

Der Vorstand des Lagerhalterverbandes soll veranlaßt werden dahin zu wirken, daß entweder in § 8 des Dienstvertrages die Bestimmung aufgenommen wird, den gesamten Uberschuß und das Defizit zu übertragen, oder die Übertragung von Uberschuß und Defizit auf 1/2 Proz. zu erhöhen.

Auf Waren, die von Verkaufslager zu Verkaufslager geliefert werden, müssen 1/2 Proz. Monatsvergütung in Anrechnung gebracht werden.

Alle bestehenden Vergünstigungen dürfen unter keinen Umständen aufgehoben werden.“

Rube, Vertreter der Generalkommission, führt aus, daß er eine Interessenvertretung der Lagerhalter für ebenso notwendig hält, wie jede Vertretung eines anderen Berufes. Aber die Lagerhalter dürften nicht vergessen, daß sie nicht mit denselben Mitteln bei Durchführung ihrer Forderungen arbeiten könnten, wie andere Gewerkschaften. Deshalb begrüßt er den Weg der friedlichen Verhandlung von Verband zu Verband. Wenn die Generalversammlung den Dienstvertrag rundweg ablehne, so bedeutete sie zugleich ihren Hauptvorstand, und das dürfte nicht im Interesse des Lagerhalterverbandes liegen. Damit wolle er durchaus nicht aussprechen, daß der Dienstvertrag nun mit allen seinen Mängeln angenommen werde, nur wolle er eine glatte Ablehnung verhindern, weil sonst zu befürchten sei, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine sich auch über die anderen Forderungen, die die Lagerhalter für sehr wichtig halten, nicht erst in eine Verhandlung einlassen werde. Deshalb bitte er um eine Abänderung der vorliegenden Resolution dahingehend, daß der Dienstvertrag unter Berücksichtigung der gedauerten Wünsche angenommen wird.

Gegen zwei Stimmen wird nunmehr die folgende abgeänderte Resolution angenommen:

In Anbetracht des geringen Entgegenkommens des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beim Abschluß des Dienstvertrages wolle die Generalversammlung beschließen, dem Dienstvertrag nur unter der Bedingung die Zustimmung zu geben, wenn im § 8 folgende Änderungen vorgenommen werden: Des gesamte Uberschuß und das gesamte Defizit sind auf 1/2 nächste Geschäftsjahr zu übertragen oder die Übertragung von Uberschuß und Defizit muß 1/2 Proz. betragen. Auf Waren, die von Verkaufsstelle zu Verkaufsstelle geliefert werden, müssen 1/2 Proz. Monatsvergütung in Anrechnung gebracht werden. Die bestehenden Vergünstigungen dürfen unter keinen Umständen aufgehoben werden.

Es folgt die Wahl des Vorstandes. Müller-Leipzig befürwortet die Wiederwahl des Vorstehenden Reinsdorf-Leipzig. Einstimmig wird Kollege Reinsdorf wiedergewählt.

erner wird beschlossen, den Sitz des Ausschusses in Berlin zu belassen.

Der Antrag von Hamburg, die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen betreffend, wird von Scharberg-Hamburg damit begründet, daß große Industriebetriebe leistungsfähiger seien, als kleine Kreisverbände. Ferner verknüpfen doch heute schon verschiedene gleichartige Interessen beide Verbände miteinander. Sämtliche folgenden Redner sprechen sich gegen die Verschmelzung aus. Schmidt-Zwickau bemerkt jedoch, daß mit der heutigen Ablehnung die Verschmelzung nicht für alle Zeit begraben sein soll, wenn er auch die Auffassung habe, daß eine Verschmelzung mit dem Transportarbeiterverband für die Lagerhalter in der Hinsicht vorteilhafter sei. Denn die Mehrzahl der Lagerhalter seien in der Praxis doch mehr Ratthelfer als Handlungsgehilfen. Kurtz-Leipzig hält die Frage ebenfalls noch nicht für spruchreif. Durch den Beitritt der Lagerhalter zu dem Handlungsgehilfenverband würde dieser zu einem Genossenschaftsangehörigenverbande gestempelt, was seiner Agitation unter den Handlungsgehilfen der Privatbetriebe nicht förderlich sein könne. Buhl-Leipzig schildert die Entwicklungsgeschichte des Verbandes und bespricht frühere Vorkommnisse, die noch heute untergehen seien und sein günstiges Licht auf den Handlungsgehilfenverband werfen. Hiers-Damitz bemerkt, die Hauptaufgabe des Verbandes sei gegenwärtig, die noch fernstehenden Kollegen zu organisieren, und nicht die Verschmelzungsfrage. Blatte-Leipzig, Verbandsbeamter der Handlungsgehilfen, gibt sich nicht der Illusion hin, daß schon heute die Verschmelzungsfrage gelöst werde. Ueberhaupt sei eine reine Verschmelzung nicht möglich, die Lagerhalter hätten gesonderte Interessen zu vertreten. Wohl möglich sei eine Angliederung unter Beibehaltung einer besonderen Leitung. Selbst gesonderte Generalversammlungen könnten abgehalten und ein besonderes Organ, das die Genossenschaftsfrage ausführlich behandle, beibehalten werden. Es gebe aber so verschiedene Fragen, die durch gemeinsames Vorgehen gefördert werden könnten. Das Resultat der Diskussion ist die Annahme folgender Resolution:

Die Generalversammlung beschließt: Der Antrag Hamburg, die Verschmelzung des Lagerhalterverbandes mit dem Handlungsgehilfenverband betreffend, wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Zu den Anträgen, die Einführung einer Kranken-, Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung betreffend, wird folgende Resolution angenommen: Sämtliche Anträge, die das Unterstützungswesen betreffen, werden dem Vorstande überwiesen. Dieser stellt eine rechnerische Grundlage auf und veröffentlicht dieselbe in den Monatsblättern, damit die Kollegen in den Bezirken darüber diskutieren können. Die nächste ordentliche Generalversammlung beschließt dann über die Unterstüzungseinrichtungen. Es wird erledigt sich auch vorläufig die Anträge auf Erhöhung der Beiträge. Sämtliche Anträge auf mehrmaliges Erscheinen der Monatsblätter werden abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag aus Frankfurt a. M., monatlich sämtliche Anträge zur Generalversammlung ein Vierteljahr vorher eingereicht und mindestens 10 Wochen vorher im Verbandsorgan veröffentlicht werden müssen. Der Antrag Braunschweig, den Bezirken statt der bisher gewährten 10 Proz. der Beiträge 20 Proz. zu gewähren, wird zurückgezogen. Krause-Magdeburg begründet den Antrag auf Schaffung eines Stellennachweises und bittet, da zu dessen Einführung auch die Zustimmung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erforderlich sei, ihn dem Vorstande zu überweisen, der ihn in den Entwurf eines Lohnsatzes mit aufnehmen soll. Das geschieht. Dem Vorstand werden noch für seine zweijährige Tätigkeit 1000 M. Entschädigung für seine Mühe gewährt. Der nächste Verbandstag ist in Frankfurt a. M. Dierau schloß Lamsdorf-Berlin mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Generalversammlung.

**Theater.**  
Freitag, den 24. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Götterdämmerung (Anfang 6 1/2 Uhr).  
Kgl. Schauspielhaus. Die Nabenheimerin.  
Neues Kgl. Opernhaus. Prinz Methusalem.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches, Robert und Bertram.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kammertheater. Uglabaine und Schlette.  
Neues Schauspielhaus. Dopsenrichs Erben.  
Abend. Die lustige Witwe.  
Schiller-Theater.  
Minn von Barnhelm.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Ein Fallissement.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Am grünen Weg.  
Berliner, Sherlock Holmes.  
Festung, Ragnarsdöten.  
Zentral. Das Mädchen aus dem Kastanien.  
Kleines, Marcell Salzer.  
Neues, Der Dieb.  
Verking, Undine.  
Residenz, Haben Sie nichts zu verzollen?  
Luisen, Der Dieb.  
Kleines, Das Mädchen ohne Ehr.  
Marsell-Salzer-Abend.  
Lortzing-Theater.  
Undine.  
Lustspielhaus.  
Zentral-Theater.  
Schiller-Theater N.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Sherlock Holmes**  
Sonnabend: Der Hund von Galterville. Sonntag: Sherlock Holmes.  
**Neues Schauspielhaus**  
Freitag, den 24. Mai 1907:  
**Dopsenrichs Erben.**  
Morgen: Dopsenrichs Erben.  
Anfang 8 Uhr.  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Dieb.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Dieb.**  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**MARCELL - SALZER-ABEND.**  
Morgen und folgende Tage, abends 8 1/2 Uhr: Marcell-Salzer-Abend.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Ein Theater Gatte.  
**Lortzing-Theater**  
Belleallianzstr. 7/8.  
Abends 8 Uhr:  
**Undine.**  
Abendmenschen gültig!  
Sonnabend: Der Barber v. Sevilla.  
Belleallianz-Garten: Täglich: Elke-Variété-Vorstellung.  
**Lustspielhaus.**  
Sommertheater. Abends 8 Uhr:  
**Gusarenjieber.**  
**Zentral-Theater.**  
Gesamtagsspiel des Genß Bruders-Theaters. Täglich 8 Uhr:  
Das Mädchen aus dem Nacht-Café.  
**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr: Am grünen Weg.  
Sommertheater.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Minn von Barnhelm.  
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Moloch. — Der zerbrochene Krug.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Vogel im Käfig.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Im bunten Rock.  
**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan! in 3 Akten v. R. Demequin und P. Bober.  
**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
Das Mädchen ohne Ehr.  
Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehr.  
Sonntag nachm.: Das Mädchen ohne Ehr.  
**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Franziskanerstr. 122.  
Freitag, den 24. Mai:  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Im Garten:  
Gr. Spezialitäten-Programm. Vorher: Der Fluch des Goldes.  
Wochenpreise. — Abends 8 Uhr im Theater: Im Garten des Lebens.  
Sommerpreise.  
Morgen: Die falsche Postkammer.

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Ein Fallissement.  
Schaupl. in 5 Aufz. von Hjördis Hjörns.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Ein Fallissement.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Pfarrer v. Kirchfeld.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Ein Fallissement.  
**Opollos Theater**  
9 1/2 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr.  
Die dagewesener Lasterfolg!  
**Hartstein**  
mit seiner tollen Kuriecke:  
**Der lustige Witwer.**  
1. Bild: Das letzte Mal.  
2. Bild: Die Folgen davon.  
Vorher 8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten m. Merians Baner-Gesellschaft.  
**WINTER GARTEN**  
**La Tortajada.**  
**Großer Erfolg!**  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Ott. Baumstr. 16.  
Täglich im herrlich renovierten Garten:  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
9 1/2 Uhr: Die goldene Fackel.  
Gr. Lustspielabend m. Göt. u. Tanz.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Kaffee von 3 Uhr ab.  
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Durch Dänemark und Südschweden.  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachm. 4 Uhr:  
Großes  
Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt: 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
**Kasino-Theater**  
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Niek Carter.**  
Schlag der Saison Montag, den 27. Mai, bis dahin abends 8 Uhr:  
**Niek Carter.**  
**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
**Das Mai-Programm.**  
Der größte Erfolg der Saison!  
**Grete Gallus**  
**Mascha Dignam**  
**3 Clarus Brothers**  
14 Attraktionen 14.  
**Prater-Theater.**  
Kassanten-Allee 7/9.  
Täglich:  
**Flotte Weiber**  
Spezialitäten.  
Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Schweizergarten**  
Am Königtor. Am Friedrichshain.  
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
Neue Spezialitäten.  
**Kinematograph und Ball.**  
Freier Damenanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148 und  
Kassanten-Allee 97/99.  
Heute, heute täglich:  
Das vorzügliche Malprogramm  
Hochkomisch: Cory u. Rette. Ocligard:  
Hermann Millard x Saville x Piel  
The Dunbars x Selly Geldern x Mil  
Silvia x Alcide u. Altheri.  
Bären-Ringkampf und die übrigen  
Spezialitäten.  
Um 8 Uhr: Genießt das Leben.  
Mittwoch: Sonderabend.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Gräulein Jolette — meine Frau.  
Anfang 8 Uhr.  
**Volksgarten-Theater.**  
Bad-Beimstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Belferstraße.  
**Das Bild der Mutter**  
oder Berliner Zimmerleute.  
Sollst du mit Gehung in 3 Akten.  
Dazu:  
Das neue  
**Riesen-Spezialitäten-Programm.**  
Volksbelustigungen. x Großer Ball.  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Schauer  
Strandstr. 1.



**Gebr. Herrnfeld-**  
Anfang Theater Vorvers. 11-12 Uhr  
8 Uhr. 57 Kommandantenstraße 57.  
Schluß der Spielfaison:  
Freitag, 31. Mai.  
Es lebe das  
Nachtleben!  
Eine Separée-Misère mit den  
Autoren Anton und Donat  
Derrfeld in den Hauptrollen.  
Vorher:  
Die Welt geht unter!

**Walhalla**  
Variété-Theater  
Weinbergweg 19/20, 30. Entf. Lor.  
Gente abend 8 Uhr:  
Der grüne Teufel.  
Sensations-Pantomime.  
5 Jungmanns, Drahtseil-  
12 Spezialitäten 12  
Frei-Konzert.

**Neue Welt**  
Hanonstraße 106-114.  
Im Kongertgarten:  
Täglich: Großes Konzert.  
Jeden Sonntag, Dienstag,  
Donnerstag:  
Militär-Konzert:  
Jeden Montag, Mittwoch, Freitag:  
Theiß-Orchester:  
Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.  
Im Theatergarten:  
Täglich: Großes Konzert  
des Neue Welt-Theaters und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Entree 25 Pf. Entree 25 Pf.  
Jeden Mittwoch Kinderfest.  
Jeden Donnerstag Elite-Tag.

**Artushof,** Perleberger  
Straße 25.  
Große Extra-Vorstellung.  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Volksstück in 4 Akten.  
Vorher: Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Reichs-  
hallen-  
Garten  
und  
Restaurant:  
Militär-  
Konzert.

**Gstbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Großes Konzert,  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.

**Kastanienwäldchen Schönholz**  
2 Min. vom Bahnhof Schönholz. — Inh.: Hermann Ramlow.  
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**  
Gr. schattiger Garten. Zwei neue verdeckte Kegelbahnen. Kaffeekegeln.  
Jeden Sonntag: **Garten-Konzert.**  
Auspfeife meinen großen Parkettsaal mit Theaterbühne den geehrten  
Vereinen und Familien. 48992\*

**H. Zimmermann**  
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206  
Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
Uhren-Großhandlung. 44301\*  
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.  
Streng reell. — Billigste Preise.

Die dem  
**Veilchenseifenpulver**  
„Marke Kaminfege“  
beiliegenden Geschenke sind ausnahmslos nur nützliche, prächtige  
Gegenstände, die viel Freude machen.  
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.  
Vorläufig beim Einkauf! Man achte auf die „Schutzmarke Kaminfege“!  
Fabrikant: Carl Gentner, Göttingen.  
Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11.

**Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.**  
Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof L. — Fernsprecher Amt 3, No. 5028  
Sonntag, den 26. Mai 1907, vormittags 10 Uhr,  
in den Germaniasälen, Chausseestr. 103:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung: 257/10  
Die Aussperrung im Berliner Baugewerbe und unsere weiteren Schritte zur  
Lehnbewegung. Der Vorstand. J. A. U. Juppenthal.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
Der Teufel lacht dazu.  
Große Jahresrevue in 7 Bildern  
von Julius Freund. Musik von  
Viktor Holländer. Dirigent Max  
Roth. In Szene gesetzt von  
Direktor Richard Schultz.  
Ranchen überall gestattet.

**Steidl-**  
Theater.  
Brückenstr. 2 (a. d. Kommod.-Str.)  
Berlins beste und bill. Unterhalt.  
Es wird wie früher geübt.  
Anf. 8 Uhr. Tageskasse 11—2 Uhr.  
**Steidl-Restaurant**  
Großes Streichkonzert.  
Entree frei.

**Gustav Behrens-Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstraße 9.  
Bestenwilligstes  
Theater.  
Vollständ. Pro-  
grammwechsel  
Ausstreuen der  
neuesten  
Spezialitäten,  
u. a. der Original Greifenberger,  
der Winkler u. d. Greifste. Offizier  
von Mih Clarito, der Lundenmaler  
Signor Gasiano. Zum Schluß die  
tolle Ausstattungs-Burleske  
**Weibliche Feuerwehr.**  
Anfang 8 Uhr, an den Feiert. 6 1/2 Uhr.  
Sommerpreise. Entree 30 Pf.

**Max Kliems**  
Sommer-Theater  
Gassestraße 13/15.  
Künstlerische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater  
u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Mittwoch:  
Die beliebtesten Kinderfeste.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeekegeln ist täglich von  
2 Uhr ab geöffnet.

**Sanssouci,** Kolbuser  
Straße 6.  
Direktion Wilhelm Keimer.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sont., Mont., Donnerst.:  
Hoffmanns Nordl. Sänger  
u. Tänzerkränzen.  
Stets neues hochinteressantes  
Sofree-Programm  
Sont. Beg. 8. u. mont. 8 U.  
Für nächste Saison sind  
sämtl. Sonnt. bereits  
besetzt. Noch einige Mittwoch  
Abende sind frei.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16,**  
Welt-Ausstellungs-  
Biograph (St. Louis)  
Theater lebender  
Photographien.  
Der Untergang des  
Dampfers „Berlin“.  
168 Tote, 12 Garetote.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
**Vereinstour**  
Sonntag, den 26. Mai 1907, früh  
6 Uhr, nach Eberswalde (Wahl);  
nachmittags 1 Uhr: Bernau (Eis-  
stadium); Start: Prenzlauer Allee, Ecke  
Danzigerstraße. Die Abteilungen eine  
halbe Stunde früher.

**Fahrwärts-Sitzung.**  
Das Erscheinen jedes Fahr-  
worts ist dringend notwendig.  
Montag, den 27. Mai, abends  
8 1/2 Uhr, Klotzstr. 101:  
Sitzung der Rechtsschutzkommission.  
**Voran II.**  
Produktiv- und Einkaufsgenossen-  
schaft des Berliner Arbeiter-Rad-  
fahrer-Vereins  
Mitglied des Bundes „Solidarität“  
**General-Versammlung**  
Freitag, den 31. Mai 1907,  
abends 9 Uhr, im Elysium,  
Landsberger Allee 40/41.  
Tages-Ordnung: 1. Bericht des  
Vorstandes. 2. Des Geschäftsführers.  
3. Geschäftliches. 12/10  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

**Tischler-Verein**  
(E. H. 89.)  
Sonntag, den 25. Mai,  
abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:  
Zahlabend.  
Ausgabe der Billets zu der am  
7. Juli nach R. Köpcke's „Sports-  
haus“, Biegenhalbe bei Neuthen statt-  
findenden Dampferpartie.  
198/14 Der Vorstand.

**Aufforderung!**  
Die ehemaligen Mitglieder Monteur  
Amandus Robinson, Tischler Fritz  
Held und Drechsler Otto Schollen-  
berg werden hiermit ersucht, ihren  
Verpflichtungen gegenüber Unter-  
zeichnetem nachzukommen. 65/18  
**Gesangverein „Freie Liedertafel“.**  
Wir unterzeichneten erklären, daß  
die Auslagen, welche wir gegen den  
Genossen Mandelstam am 4. Mai  
im Verbandsbureau der Bauarbeiter,  
Engel-Ufer 15, getan, unmaß-  
geblich sind und nehmen diese Verbindungen zurück.  
Karl Jahn, Hermann Michaelis,  
8096 Weingarten-Allee 11.

**Charlottenburg.**  
Spezialwerkstatt für Uhren.  
Solide Ausführung, preis-  
werte Berechnung. 48883\*  
Friedr. Stabenow,  
Königsplatz 15  
am Rathaus.

**Grosse Betten 12 Mk.**  
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)  
mit doppeltreihigen neuen Web-  
federn, bessere Betten 15, 20, 25 Mk.;  
1/2, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
Gustav Lustig, Berlin S.,  
Prinzenstr. 46  
Gericht. Spezial-Geschäft für Bettwaren.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Ver-  
wandten die traurige Mitteilung,  
daß meine liebe Frau  
**Johanna Albusch**  
geb. Schmittke  
am 20. Mai nach kurzem schwerem  
Leiden verschieden ist.  
Die Beerdigung findet am  
21. d. Mts., nach 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des Georgen-Kirch-  
hofes in Weihenfeld, Hildestr. 93/123,  
aus statt.  
Um stille Beileid bitte!  
Der trauernde Gatte  
Hans Albusch mit seinen Kindern,  
Landwehrstr. 22.

Am 22. d. Mts. starb nach  
langem schweren Leiden unter  
lieber Pflege, der Ehegatten  
**Gustav Waegner,**  
geboren am 9. November 1842 in  
Reubann. 6126  
Sein Andenken wird in Ehren  
halten. Das Personal  
der Norddeutschen Buchdruckerei.  
Die Beerdigung findet statt am  
Sonntag, den 25. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, auf dem alten  
Kriegsdenkmal bei der Friedhof-  
Königsplatz.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Former  
**Hermann Wolke**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 24. Mai, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
St. Nikolai-Kirchhofes in Biesdorf b. Weitzen  
a. d. Oder aus statt.  
Nege Beteiligung erwartet  
119/3 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Retektor  
**Otto Moos**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. Mai, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Lazarus-Kirchhofes in  
Bismarckstr. aus statt.  
Nege Beteiligung erwartet  
119/4 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Bohrer  
**Gustav Wunsch**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. Mai, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Andreas-Kirchhofes in  
Wilhelmsberg aus statt. 157/55  
Nege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der deutschen Wagenbauer.**  
Filiale Berlin 10.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Hermann Lawrenz**  
am 20. Mai verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle der Sionsgemeinde,  
Kordens, aus statt.  
253/11 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.** Zweigverein  
Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Karl Enterling**  
am 18. Mai an der Schwindsucht  
verstorben ist.  
193/19 Die Verbandslitung.

**Deutscher  
Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am Montag, den 20. Mai, ver-  
starb nach langem, schwerem Leiden  
unser Mitglied  
**Emma Bieleke**  
im 24. Lebensjahre.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 24. Mai, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde  
aus statt.  
24/2 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Gente Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Branche der Vergolder.**  
Montag, 27. Mai, abends präzis 8 Uhr, in der „Alhambra“,  
Wallnerstraße 15:  
**Branche-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Aussperrung und welche Lehren ziehen wir daraus?  
Referent: Kollege Spätho. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission  
der Rahmenvergolder. 4. Verschiedenes. 86/18  
Pünktliche und vollständige Erscheinen dringend notwendig!  
Der Branchenseiter.

**Verband der Hafenarbeiter**  
u. verw. Berufsgen. Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.  
Sonntag, den 26. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino,  
Goltzmarktstr. 72:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Verbandsangelegenheit. 2. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.  
NB. Wir bitten auch, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen,  
so kurz die Tagesordnung lautet, desto inhaltsreicher wird sie sein.  
19/5 Der Vorstand.

**Zentralkrankenkasse der Maurer u. Stukkateure**  
„Grundstein zur Einigkeit“. Zahlstelle Rixdorf.  
Sonntag, den 26. Mai, vormittags präzis 10 Uhr, bei Thiel,  
Bergstr. 151-152: 140/10  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Erfahrungswahl des 1. Bevollmächtigten und eines Revisors.  
Um zahlreiches Besuch bitte!  
Die Ortsverwaltung.  
**Verband deutscher Gastwirtsgehülfen.**  
Ortsverwaltung Berlin. N. 24, Große Hamburger-Straße 18/19.  
Arbeitsnachweis: Amt III 1813. Bureau: Amt III 1474.

Freitag, den 24. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Königsbant,  
Große Frankfurterstraße 117:  
**Außerordentliche  
General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
Wie können wir uns von der Gewerkschaftskommission angenommenen  
Resolution Geltung verschaffen? 290/131\*  
Nicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen und für einen guten  
Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand.

**Achtung! Zuschneider u. Zuschneiderinnen!**  
Freitag, den 24. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Filiale II des Deutschen Schneider-Verbandes.  
Tages-Ordnung: 161/11  
Beratung des Ergebnisses der Verhandlungen mit den Ar-  
beitgebern und unsere Stellungnahme.  
Es wird das pünktliche und bestimmte Erscheinen jedem Kollegen und  
jeder Kollegin zur Pflicht gemacht. Die Ortsverwaltung.

**Verband der Sattler**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Die nächsten Branchen-Versammlungen  
finden an nachfolgenden Tagen statt:  
Geschirrebranche: Mittwoch, den 23. Mai.  
Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag,  
den 30. Mai.  
Militärbranche: Sonnabend, den 25. Mai.  
Linosennleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 30. Mai.  
Wagenbranche: Donnerstag, den 30. Mai.  
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, 30. Mai.  
Sektion Charlottenburg: Montag, den 27. Mai.  
Wir ersuchen die Mitglieder, diese Branchenversammlungen zahlreich zu  
besuchen. 157/4 Die Ortsverwaltung.

**Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.**  
nur allein in:  
**Albrechts Bäckereien:** Krautstr. 19, Wrangelstr. 135,  
Lauferstr. 2, Falkensteinstr. 32,  
Zentralo: Boxhagenstr. 12, Pücklerhalle 222/223, Andreashalle 16/18.  
Empfehle allen Genossen, Gewerkschaften, Theater- und anderen  
Vereinen meine vollständig neu renovierten Festäle, 40, 80 und  
500 Personen fassend, nebst Bühne mit 28 Verandlungen. 49228\*  
999 Schattiger Naturgarten. 606 Fritz Wilke, Brunnenstr. 168  
Recherre Sonntags u. Sonntags sind noch frei. Fritz Wilke, Amt 3, 6328.



14. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Mai 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

147017 133 243 517 655 720 [1000] 578 86 933 35 148190

150727 105 90 225 333 61 87 062 151227 449
152428 228 405 [1000] 517 [1000] 051 [1000] 153075 203
08 405 228 704 226 50 154000 99 204 558 894 229 814

4. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Mai 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

703 146008 [1000] 15 254 77 205 [1000] 716 915 147018

03 [500] 417 592 725 986 148270 620 149373 [3000] 442
45 711 [1000] 41 227 25
150120 223 679 733 89 929 151000 97 268 251 201

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Verkäufe. Teppiche mit Karbendelien Fadenteppiche Große Rankenmuster etc. 9, parterre kein Laden. Rauschhof. +1

Arbeitskräfte billig verfügbar. Näheres Schweißhaupt, Rauschhofstraße 5. +108
Fittauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, wofür 1,00. Reparaturen billig. Wienerstraße 1-6, Borchgrevinkstraße 67, Adersstraße 111.

Schlafstelle bei Witwe (acht Mann 35, Postamt 5. +78
Schlafstelle, 2 Personen, bei Ewig, Heilmannstraße 4 (Schleifische Straße).
Schlafstelle, möbliert, 2 Personen, vorn, billig Kopernikusstraße 37 L. \*

Automobilfahrer! Chauffeur-Lehrlinge werden jederzeit verlangt. Prospekt frei. Größter Stellenmarkt gratis. Große Verhältnisse. Kautionsfrei, nur Berlin-Blumenstraße, Hildesgardstraße 13. Bedeutendste Lehranstalt Deutschlands unter Anleitung. Von Behörden bezeugt. 24778\*

Verkäufe.

Teppiche mit Karbendelien Fadenteppiche Große Rankenmuster etc. 9, parterre kein Laden. Rauschhof. +1
Teppiche! (schlechteste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Quaderstraße 4, Bahnhofstraße. 255/2\*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Hildesgardstraße 94. 9275\*
Zimmer. Anständiges Herrenlogis, Monat 10,00 mit Kaffee frei. Restaurant-allee 102, Hof IV. +61
Möblierte Stube (kleine), auch leer bei Ebert, Friedenstraße 63 III. +100
Möblierte Stube mit zwei Klammern an zwei Herren oder Damen vermietet Landhaus, Lichtensberg, Gartenstraße 22. +100

Arbeitsmarkt.

Zwei Hundswärter suchen 1. Juni einjährig möbliertes Zimmer oder Schlafstelle Nähe Lindenstraße. Offerten H. Vornarski-Expedition, Pringensstraße 31. +74
Herr sucht einzelne laubere Schlafstelle im Zaden. Offerten unter Robert\*, Postamt 61. 8155

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Grubner verlangt Köchlein, Diefenbachstraße 33. 8065
Farbmacher verlangt Köchlein, Diefenbachstraße 33. 8066



Partei-Angelegenheiten.

Die Parteizugehörigkeit als Aushängeschild für ihre Kleinbürgerlichen Bestrebungen benutzt seit einiger Zeit eine Zigarrenhändlervereinigung...

Kann man gewiß zugegeben werden, daß die Händler nicht auf Rosen gebettet sind; sie haben einen schweren Existenzkampf zu führen.

Um zu ihrem Ziele zu kommen, greifen die Händler zu den verschiedensten Mitteln. Zunächst nehmen sie zu dem Mittel des Boykotts gegen bestimmte Fabrikanten ihre Zuflucht.

So sehr man alles das, von dem Standpunkt der Händler, die durch die Steuererhebung in einen Verzweiflungskampf um ihre Existenz getrieben werden, verstehen mag...

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ haben das Verbrechen begangen, die Beschlüsse, die sich auf den Boykott verschiedener Zigarrenfirmen bezogen, nicht beachtet zu haben.

Was allemal geht deutlich hervor, daß wir auch nicht im geringsten Ursache hatten, für den Boykottbeschluss der Zigarrenhändler die Berliner Arbeiterklasse aufzurufen.

Zur Lokalität! Anlässlich der bevorstehenden Auszüge nach dem Spreewald eruchen wir die Parteigenossen, Vereine, Klubs und Gesellschaften sich vor Arrangierung derartiger Partien recht frühzeitig mit folgenden Genossen in Verbindung zu setzen:

Alle Anfragen bezüglich Budow (Märkische Sülze) sind an den Genossen Fritz Simon, Wald-Siederdorf, Bahnhof Damsdorf-Rinowberg, bezüglich Werder a. S. an den Genossen Gustav Wüstenhagen, Werder, Brandenburgerstraße 30, und bezüglich Freienwalde a. D. an den Genossen Wilh. Festmann, Freienwalde a. D., Uhlenhagenstraße 17, zu richten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 26. Mai, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Am Dienstag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei E. Jähle, Damerowstraße 13, eine Volksversammlung statt, in der unser Abgeordneter, Genosse Richard Fischer, über „den verflochtenen Reichstag“ sprechen wird.

Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 26. d. M., findet bei Wänsche, Neuenhagen, nachmittags 4 Uhr, eine Mitglieder-

versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 2. Unsere weitere Agitation. 3. Verschiedenes. Es wird erucht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Bernau. Am Sonnabend, den 26. Mai, abends 9 Uhr, findet bei Friedrich, Bürgermeistersstraße, die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Zahlreichen Besuch erwartet.

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale des Gastwirts Pätzsch statt.

Berliner Nachrichten.

Die rückschrittlichste und rückständigste Stadt der Welt.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Straßburg hat der staatssozialistische Professor Wagner die Stadt Berlin als die rückschrittlichste und rückständigste Stadt der Welt in kommunalen Dingen bezeichnet.

Diese Darlegungen werden erst recht verständlich, wenn man die Umstände berücksichtigt, unter welchen sie gemacht wurden.

Den Anlaß gegeben hatte ein Referat des Straßburger Abgeordneten Dr. Leoni über die Aufgaben der Städte als Arbeitgeber. In diesem Referat war folgendes dargelegt:

Mehr und mehr führen die Städte ihre Arbeiten in eigener Regie aus. Damit ist die Stellung des städtischen Arbeiters zu einem wichtigen Problem der Sozialpolitik geworden.

Nach diesen Ausführungen sah sich der Herr Professor zu seiner oben wiedergegebenen Aeußerung veranlaßt. Unsere Rathhausfreisinnigen bestreiten natürlich flugs diese Behauptungen, wiederholen dabei aber nur dieselben Redensarten, die wir zu hören gewöhnt sind.

Obwohl wir uns keineswegs mit den politischen Anschauungen dieses Rathhedorsozialisten identifizieren wollen, muß doch gesagt werden, daß der Herr Professor mit seiner Behauptung von der Rückständigkeit und Rückschrittlichkeit Berlins auf kommunalem Gebiete nicht unrecht hat.

Daß Berlin nicht noch rückständiger auf dem Gebiete der Kommunalpolitik ist, ist lediglich das Verdienst der Sozialdemokratie.

Der Automobilomnibus in Paris.

Der Automobilomnibus hat bekanntlich seine erste und ausgedehnte Verbreitung in London gefunden, was dann hauptsächlich zu seiner Einführung in Berlin beigetragen hat.

Druckfehlerberichtigung. In unserer gestrigen Notiz: „Die Ausfichten der Wertzuwachssteuer“ hat sich ein sinnfälliger Druckfehler eingeschlichen.

Neuerungen beim Fernsprecher: Daueranruf und Gesprächszähler. Bei Fernsprechanschlüssen kommt es häufig vor, daß der angerufene Teilnehmer nicht an den Apparat kommt...

Bezüglich des Ausflugsverkehrs der Großen Berliner Motoromnibus-Gesellschaft teilt die Verwaltung der letzteren folgendes mit: Der Motoromnibusverkehr nach Döbel Loms Hütte wird auch an den Wochentagen fortgesetzt...

Der Direktor der Sänglingsanstalt für die ärztliche Leitung der Anstalt nach Belämpfung der Sänglingsleiterin, die als Kaiserin Auguste Viktoria-Gaus in Charlottenburg ins Leben treten soll...

Das Bismarck-Denkmal. Das Preisgericht über die Entwürfe zum Rudolf Bismarck-Denkmal trat gestern vormittag im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Reichner zu einer Sitzung zusammen...

Eine Filiale der Siegesallee wird vor dem Schlosse geschaffen werden. Die ersten Standbilder der Oranier werden jetzt an der Lustgartenseite des königlichen Schlosses aufgestellt.

Eine Schmetterlings- und Käfersammlung, die einzig in ihrer Art ist, wurde vor kurzem aus dem Nachlaß des in Wiesewitz verstorbenen Dr. Staedinger an den preussischen Staat verkauft...

Eine Familie an Fleischvergiftung erkrankt. Eine Vergiftungsaffäre, die mit dem Tode eines Kindes endete, beschäftigt die Polizeibehörden in Berlin und in Rüdersdorf.

Ein Gerüstesturz. Gestern mittag ist am Neubau Rughöfenerstraße 18 das Gerüst eingestürzt. Der Klempner Bernhard Suboga, Oberbergerstraße 17, wurde schwer verletzt.

Absturz zweier Frauen aus dem Fenster. In dem städtischen Siechenhause und Hospital an der Ecke der Fröbelstraße und Wrenzlauer Allee haben sich, wie uns nachträglich berichtet wird, vorgestern abend zwei Insassen in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster hinausgestürzt.

Straßensperrungen. Das Nordufer von Fernstraße bis Lymorstraße ist behufs Kfz-Inspektion vom 22. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.



Ein großer Brand alarmierte Mittwoch abend sieben Löschzüge der 1. und 2. Kompanie nach der Ecke der Komintener und Gubener Straße. Dort stand der mächtige Dachstuhl des vierstöckigen Schauffers Komintener Straße 1 um 7 Uhr in großer Ausdehnung mit Inhalt der Bodenverfälscher in Flammen. Diese waren weithin sichtbar, weshalb die Feuerwehr auch von verschiedenen Seiten alarmiert wurde. Ueber die Treppen der angrenzenden Gebäude und über mehrere aufgerichtete mechanische Leitern wurden gleich drei und später noch mehrere Schlauchleitungen vorgenommen. Brandinspektor Teubner ließ den Brand von mehreren Seiten in umfassender Weise kräftig angreifen. Langsam aber stetig ging das Feuer zurück. Schließlich gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl, der nicht mehr zu retten war, zu beschränken. Der Schaden ist bedeutend, soll aber durch Versicherung gedeckt sein. Die Entstehung konnte nicht ermittelt werden. Die Hausbewohner mutmaßen Brandstiftung.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Von einem tragischen Geschehnis ereilt wurde gestern abend einer unserer bravsten und tüchtigsten Genossen, der Gruppenführer der fünften Gruppe Hermann Henschke. Genosse Henschke befand sich mit seiner Frau auf dem Wege, die Bezirksführer zu einer Sitzung einzuladen, als er auf der Straße, ohne einen Laut von sich zu geben, plötzlich umfiel. Ein Herzschlag hatte dem Leben des Erben ein Ziel gesetzt. Die Leiche des im besten Mannesalter verstorbenen Genossen wurde nach der in der Nähe liegenden Paraispediton in der Selenheimerstraße gebracht, wo dieselbe bis zur Beerdigung aufgebahrt wird. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau und zwei unerwachsene Kinder. Die Partei wird dem stets opferwillig und unermüdet Gewesenen ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren. Tag und Stunde der Beerdigung werden noch bekannt gegeben.

### Groß-Bichterfeld.

Der großen Jährlichkeit des Unternehmers ist die Vernichtung eines blühenden Menschenlebens zuzuschreiben. Beim Bau der hiesigen Gemeinde-Vadeanstalt in der Chausseestraße verunglückte tödlich der 19 Jahre alte Arbeiter Alfred Ditto, der Sohn einer Witwe aus Eißende beim Ausschachten eines 2 1/2 Meter tiefen Grabens dadurch, daß die Erdmassen in Bewegung gerieten und ihn vollständig verdrückten. Trotz der sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten konnte der Verunglückte nach 10 Minuten nur als Leiche hervorgezogen werden. Die beiden herbeigeeilten Ärzte Dr. Kröcher und Dr. Deutschmann stellten fest, daß der Tod infolge Bruches der Wirbelsäule und einer Rippe eingetreten ist. Die Erdmassen waren trotz ausdrücklicher Vorschrift und der Aufforderung des die Aufsicht führenden Baubeamten der Gemeinde an den Unternehmer Ernst Dettler aus Eißende nicht abgesetzt und diese unverantwortliche Unternehmerründe mußte der Arbeiter mit dem Tode büßen. Uns scheint auch das Verhalten des Gemeindebeamten insofern nicht korrekt, als er sich unter allen Umständen von der Ausführung seiner Anordnung überzeugen und eventuell die Arbeit solange inhibieren mußte, bis die Absteifung der seitlichen Sandwände erfolgt war. Die Leiche ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beklagt worden.

### Lichtenberg.

Das Lichtenberger Gewerbegericht veröffentlicht seinen fünften Geschäftsbericht, während das Kaufmannsgericht im Anschluß hieran den Bericht seines zweiten Geschäftsjahres erstattet. Bei den Weisernnahmen im März 1906 entfielen auf die 8 Arbeitnehmer-Beisitzer 1635 Stimmen gegen 1369 im Jahre 1904. Die Arbeitgeber wählten ihre Beisitzer mit 135 Stimmen gegen 129 im Jahre 1904. Am 13. Juli ist das Gewerbegericht von den bei der Aktiengesellschaft G. F. Edert beschäftigten Schmieden als Einigungsamt angerufen worden. Dasselbe konnte aber nicht verhandeln, da die Firma, an deren Spitze der Gemeindevorsteher Direktor Steinhard steht, ihr Einverständnis verweigert. Das Gericht hatte 41 Klagen gegen 376 im Vorjahre zu verhandeln. Beim Kaufmannsgericht wurden 35 Klagen gegen 29 im Vorjahre anhängig gemacht. Beim Gewerbegericht wurde in einem Falle um 0,80 M. geklagt werden, während das höchste Klageobjekt 886,95 M. betrug. Das Kaufmannsgericht hatte als niedrigsten Streitgegenstand 6,50 M. und als höchsten 981,30 M. zu verzeichnen. 600 Termine in 144 Gerichtstagen, von denen 30 mit Weisern abgehalten wurden, waren notwendig, um 397 klagenden Arbeitern, unter denen sich 30 weibliche befanden, zu ihrem Rechte zu verhelfen. Beim Kaufmannsgericht waren von den 35 Klägern 33 Angestellte, deren Klagen in 41 Gerichtstagen, darunter 13 mit Weisern, erledigt werden konnten. 307 Klagen beim Gewerbegericht und 28 Klagen beim Kaufmannsgericht wurden in weniger als zwei Wochen erledigt, während 10 bzw. 2 Klagen länger als zwei Monate zu ihrer Erledigung brauchten. In 7 Fällen sind Neuen in Ordnungstrafen genommen worden. Von den circa 500 M. entstandenen Gerichtskosten sind etwa 300 M. eingezogen bzw. beigetrieben worden. 131 mal sind Vergleiche zustande gekommen; leider ist aus dem Bericht nicht ersichtlich, auf welche Summe verdientes Arbeitslohnes hier verzichtet werden mußte, um nur etwas zu retten. Auch ist nicht ersichtlich, wie oft bei den 125 erstritten Endurteilen die Beibehaltung des voreinhaltenen Lohnes unmöglich war.

Der Bericht der vier Schulkomitee für das Schuljahr 1906/07 bietet, obwohl er sich durch außerordentliche Knappheit auszeichnet, wertvolle Einblicke in den Gesundheitszustand der Kinder. So berichtet einer der Komitee, daß von 257 neu aufgenommenen Schülern 5 überhaupt zurückgewiesen werden mußten, während 51 Kinder mit erheblichen Krankheitserscheinungen behaftet waren.

Erschreckend groß ist die Zahl der Augen- und Ohrenkrankungen der unterrichteten Gemeindeglieder. Daß die Komitee über mangelnde Zahn- und Hautpflege klagt, hängt zum Teil mit den elenden Wirtschaft- und Wohnungsverhältnissen, mit denen die meisten Eltern unserer Gemeindeglieder zu rechnen haben, zusammen. Ersichtlich ist die Wahrnehmung eines Arztes, daß die Schulbäder immer mehr benutzt werden, desgleichen der Wunsch, daß der Körperpflege mehr Aufmerksamkeit im Rahmen des Unterrichts getwidmet werden möge.

Ein gefährlicher Kinderfreund ist Mittwochnachmittag nach vorangegangener wilder Jagd in der Kronprinzenstraße dingfest gemacht worden. Ein dort patrouillierender Kriminalbeamter hatte beobachtet, wie ein Mann sich an Schulmädchen, die auf der Straße spielten, heranmachte und ihnen zuwinkte. Der Fremde begab sich sofort nach dem Schauffers Kronprinzen- und Oberstraße, hob ein allein spielendes etwa vierjähriges Mädchen auf den Arm und verschwand in dem Hause, die Tür hinter sich abschließend. Nun eilte der Kriminalbeamte hinzu, noch bevor das Kind das Opfer des Unholdes wurde. Derselbe ergriff die Flucht, wurde jedoch von dem Kriminalbeamten und mehreren Arbeitern verfolgt und von dem Boden des Hauses Ecke der Kronprinzen- und Oberstraße herabgeholt. Der Schädling, in dem der Handlungsgehilfe Artur Strunt, Aufelandsstraße wohnhaft, ermittelt wurde, hatte schon vorher drei zwölfjährige Mädchen belästigt.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst beantragte ein Vertreter der Firma Siemens u. Halske der Vertretung eine Feuerwehreinrichtung, um das bisher übliche Feuerwehren durch Pumpen und Sirenen einzustellen. Die ganze Anlage würde eine Ausgabe von 11—12 000 M. verursachen; es soll die Finanzkommission sich eingehend mit der Angelegenheit befassen. Die bisherige Wehreinrichtung in der Nähe des Antonplatzes soll durch eine modernere Anstalt ersetzt werden, und bei der jetzigen Regulierung zugleich in Angriff genommen werden. Die Kosten im Betrage von 2750 M. werden bewilligt.

In einer früheren Sitzung sollte das von der Gemeinde erworbene Grundstück des Gärtnereibesizers Hoffmann an der Königshaussee an diesen auf die Dauer von zwei Jahren für den Preis von jährlich 4000 M. verpachtet werden. Hiergegen protestierte jedoch die Mehrzahl der Gemeindevorsteher, weshalb die Verpachtung ausgeschrieben wurde. Sonderbarerweise ging nur eine Offerte des Herrn Hoffmann ein, worin dieser nunmehr ein Angebot von 5500 M. machte. Diesem stimmte die Mehrheit der Gemeindevorsteher zu. Ein Antrag unserer Genossen, diesen Platz als Spielplatz, Gießbahn usw. zu verwenden oder aber Kolonnen mit Läden auf demselben zu errichten, fand nicht das nötige Gehör.

## Generalversammlung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands.

Berlin, den 23. Mai 1907.

### Fünfter Sitzungstag.

Ein gewerkschaftlicher Verfassungskampf ist es, der den fünften Sitzungstag beschäftigt. Es bestehen im Handschuhmacherverband in Bezug auf die ausführenden Organe noch Einrichtungen, deren Zweckmäßigkeit anderen Gewerkschaften kaum verständlich sein dürfte. So besteht außer dem Verbandsvorstand noch der aus den Ortsvorständen gebildete Zentralvorstand. Weitere Instanzen sind der Verbandsausschuß, die Generalversammlung und schließlich die Urabstimmung. Mehrere dieser Instanzen haben ganz gemeinsame Aufgaben, z. B. „Kommen“ die Beiträge durch die Generalversammlung oder durch Urabstimmung, in außerordentlichen Fällen aber durch Verbandsvorstand und Ausschuß unter Zustimmung des Zentralvorstandes festgesetzt werden. Als Beschwerdestanz gilt in der Regel der Ausschuß, „Streitfälle“ entscheidet aber auch der Zentralvorstand. Gegen die Verbandsbeamten kann auf Antrag eines Teilnehmers der Mitglieder der Vertrauensfrage gestellt werden. Entschieden wird über solche „Streitfälle“ durch Urabstimmung, und ist der betreffende Beamte zur Amtsniederlegung verpflichtet, sobald die einfache Mehrheit ihm das Vertrauen entzieht. Doch die Vertrauensfrage bei Meinungsverschiedenheiten über tatsächliche Maßnahmen bei Streiks — rechtzeitige Beendigung bei voraussetzlicher Erfolglosigkeit — gestellt werden kann, ist in anderen Fällen kaum möglich, im Handschuhmacher-Verband ist das der Fall. Wenn es auch nicht zur Abstimmung kam, so genügte schon die Beantragung der Vertrauensfrage, um die Amtsniederlegung des früheren Vorsitzenden herbeizuführen. Da nun die Verbandsbeamten durch Urabstimmung gewählt werden und sie sich alle drei Jahre einer Neuwahl zu unterziehen haben, so sind auch bei diesen Wahlen schon die Mitglieder zur Entziehung des Vertrauens aufgefordert worden, lediglich wegen Meinungsverschiedenheiten über die eingeschlagene Taktik bei Lohnbewegungen. Was der Verbandsvorstand in seiner Mehrheit den Verbandsbeamten auszuführen heißt, dafür kann dieser durch die besonders gestellte Vertrauensfrage oder bei jeder Neuwahl durch Amtsentlegung bestraft werden.

Die Verfassung des Verbandes soll nun nach den Anträgen des Verbandsvorstandes so gestaltet werden, daß die Rechte des Verbandsvorstandes und Ausschusses sowie diejenigen der Generalversammlung eine Erweiterung finden. Die Anstellung der Verbandsbeamten soll nur durch letztgenannte Instanz erfolgen, in außerordentlichen Fällen erfolgt die Wahl durch Vorstand und Ausschuß.

Der Ausschuß stimmt mit dem Verbandsvorstand bezüglich des neuen Wahlmodus überein. Ebenfalls ist er für regelrechte Einberufung der Generalversammlung nach je drei Jahren, nur soll diese z. B. nicht das Recht eingeräumt erhalten, die Beiträge zu erhöhen, sondern es soll dies nur einer Urabstimmung zustehen. Ueberhaupt wünscht der Ausschuß die Urabstimmung weiter ausgebaut und sie als höchste Instanz eingefügt.

Nach langer Debatte, an der alle Delegierte lebhaft teilnahmen, beschließt die Generalversammlung, die Beamtenwahlen durch die regelmäßig stattfindende Generalversammlung erfolgen zu lassen. Erziehungswahl behält der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß. Die Urabstimmung bleibt zur Erledigung dringlicher Angelegenheiten aufrecht erhalten.

Den weiblichen Mitgliedern wird für die Generalversammlung ein besonderes Mandat eingeräumt. Zum internationalen Gewerkschaftskongress wird Wilek entsendet.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Landgerichtspräsident wegen Beleidigung verklagt.

Gegen den Präsidenten der Strafkammer I in Lübeck Dr. Hoppenstedt, dessen drakonische Urteile gegen Streikende im Arbeiterkreise große Erbitterung erregt haben, ist von zwei streikenden Holzarbeitern ein Prozeß wegen Beleidigung angestrengt worden. In einer Gerichtsverhandlung, in der er präsierte, hat Dr. Hoppenstedt einen der beiden Kläger mit den Worten „Lügen Sie nicht“, „Schämen Sie sich nicht, das Gericht zu belügen“ angeherrscht; auch der andere Arbeiter mußte sich von dem „gebildeten“ Herrn verschiedene grobe Anreden gefallen lassen. Am Mittwoch sollte der Sühnetermine stattfinden; natürlich war der Beklagte nicht erschienen. Auf den Ausgang der Sache kann man gespannt sein. Hätte ein Streikender einen Arbeitswilligen in der Weise angeherrscht, wie der Landgerichtspräsident in der Klage, so würde er zweifellos schwer hineingefallen sein.

Große Wohnungsentfernung entschuldigt mögliches Zuspätkommen des Angeklagten. Daß die weiten Wege, die viele Angestellte in Groß-Berlin beim Geschäftsgang zu bewältigen haben, eine Kalamität bilden, zeigte sich gelegentlich einer gestern vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts stattgehabten Verhandlung. Die Verkäuferin Martha W. war von dem Inhaber des Wulfgeschäfts von Paul Löwenthal in der Rosenfalerstraße sofort entlassen worden, weil sie trotz mehrfacher Verwarnung wiederum 18 Minuten zu spät gekommen war. Die Klägerin W., die Anspruch auf Restlohn erhob, erklärte die Verpätungen, die einmal drei Minuten und ein anderes Mal fünf Minuten betragen, mit der weiten Entfernung ihrer elterlichen Wohnung vom Geschäftsort. Sie wohne in der Wödenstraße und sei auf die Straßenbahn als einziges Beförderungsmittel angewiesen, da sie sich bei dem mäßigen Gehalt weder Droschke noch Auto leisten könne. Sie sei stets pünktlich von Hause fortgegangen, habe aber häufig, wenn mehrere Wagen besetzt waren, nach dem Potsdamer Platz laufen müssen, um dort nach abermaligem Warten endlich mitzukommen. Die Klägerin wendet ferner ein, daß auch abends niemals pünktlich um 9 Uhr geschlossen worden sei. Weist sie sie erst um 1/10, oft auch um 1/2 Uhr aus dem Geschäft gekommen, welche Angaben auch durch Zeugen bestätigt werden.

Das Kaufmannsgericht war der Ansicht, daß der Beklagte die letzte Verpätung nur dann als Entlassungsgrund hätte geltend machen können, wenn die Klägerin böswillig zu spät gekommen wäre. Eine böse Absicht habe ihr aber fernzulegen, wobei die große Wohnungsentfernung und die Tatsache, daß die Klägerin nach der letzten Verwarnung einige Tage pünktlich kam, in Betracht zu ziehen war. Die sofortige Entlassung der Klägerin war somit als ungerechtfertigt zu erachten.

Wegen wiederholter Erpressung hatte sich die berechtigte Christine Schlaaben vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Ein Barbier S. hatte ein kleines Mädchen unzüchtig berührt und schwebte fortgesetzt in Angst, daß seine Verletzung Gegenstand eines Strafverfahrens werden könnte. Die Angeklagte hatte von dem Vorkommnis erfahren und benutzte nun ihre Kenntnis der Dinge zu recht schamlosen Erpressungen. Sie verlangte mehrmals

von dem Missetäter Geld unter der Drohung, seine Tat zur Kenntnis des Staatsanwalts zu bringen, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen werden sollte. Der geängstigte Mann entsprach auch dreimal dem Anstimm der Angeklagten, als dann aber deren Forderungen nicht aufhörten und der Barbier sah, daß er unter eine Schraube ohne Ende genommen werden sollte, trug er seine eigene Haut zu Markte und ersuchte Strafanzüge gegen die Angeklagte, wohl wissend, daß eine Anklage wegen Sittlichkeitsübertretens gegen ihn selbst die Folge sein müsse. — Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu 3 Monaten Gefängnis.

### Schadenersatzansprüche gegen den Bergwerksbesitzer wegen Beeinträchtigung von Grundwasser.

Die Inhaber eines Grundstücks in Gladbeck hatten gegen die Steinkohlen-Aktiengesellschaft „Nordstern“ Klage erhoben mit dem Antrage, die Beklagte zu verurteilen, sofort auf ihre Kosten Vorkehrungen zu treffen, die das Eindringen von schädlichen Substanzen aus den Abwässern des Bergwerks in die von den Klägern auf ihren Grundstücken hergestellten Brunnenanlagen verhindern, oder ihnen das Wassergeld zu erstatten, was sie zu entrichten haben, um andererseits brauchbares Wasser zu erlangen. Ferner verlangten die Kläger eine Summe von 1887,70 Mark für Mietausfälle wegen Abzug des Wassergeldes sowie Ersatz des ihnen weiterhin noch entstehenden Schadens. Es handelt sich hierbei um zwei Brunnen, welche die Kläger auf ihren Grundstücken haben herstellen lassen und die dadurch unbenutzbar geworden sind, weil die Abwässer der Beklagten das Grundwasser des klägerischen Grundstücks verunreinigen. Die Feststellung des Kausalzusammenhangs beruht auf chemischen Analysen, welche ergeben, daß das Brunnenwasser eine Reihe von anorganischen Salzen enthält, die sich in den Grundwasser befinden, welche der der Beklagten gehörigen Zeche „Graf Rolffe“ entspringen.

Das Landgericht Essen verurteilte die Beklagte zur Herstellung von Einrichtungen, welche die Einwirkungen der Grundwasser der Zeche „Graf Rolffe“ auf das klägerische Grundstück ausschließen und im Fall, so daß solche Einrichtungen unzulässig oder mit dem Betriebe des Bergwerks unvereinbar sind, zur Schadloshaltung der Kläger, sowie fernerhin zum Ersatz von allen den Klägern erwachsenen und noch erwachsenden Schäden. Auf die Vernichtung der Beklagten erkannte das Oberlandesgericht Hamm die Schadenersatzansprüche der Kläger dem Grunde nach für gerechtfertigt an, wie auch den Anspruch auf Ersatz des Schadens für die bisher entstandenen Immissionen.

Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil hatte die Beklagte Revision eingelegt und besonders geltend gemacht, daß die Kläger das Grundstück so gekauft hätten, wie es bestünde, und die Einwirkungen des Wassers auf das Grundwasser schon vor dem stattgefunden hätten. Es müßten sich die Kläger deshalb an den Verkäufer des Grundstücks halten und bei ihm den Wertersatz desselben geltend machen.

Der fünfte Zivilsenat des Reichsgerichts gab diesen Einwendungen aber nicht statt, sondern erklärte auf Zurückweisung der Revision, da der Schaden nach den Feststellungen des Oberlandesgerichts den Klägern hauptsächlich erst bei Schaffung der Brunnenanlagen entstanden sei.

## Haus der Frauenbewegung.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 27. Mai, 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstr. 73. Richard Wagner und sein Werk. Vortrag mit musikalischen Erläuterungen von Herrn Dr. Willy Plesner und Herrn Leo Reitenberg. Gäste willkommen.

Sonntag, 2. Juni. Ausflug in den Grunewald. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Schöneberg. Der wegen unglücklichen Wetter am zweiten Feiertag unterbliebene Ausflug nach Schwanenort, Restaurant Schwanenort, Wilmersdorferstraße, findet am Sonntag, den 26. d. Mts., statt. Abmarsch 2 Uhr nachmittags von Ostf. Reisingerstraße. Schöneberg. Extraversammlung Freitag, den 24. Mai, 8 1/2 Uhr bei Ostf. Martin Lutherstr. 51. Vortrag: Herr Sanitätsrat Dr. Rabenow „Wänerinnenschutz“.

Am 10. Juni: Unterhaltungsabend. Rezitation und Vorträge. Lichtenberg, Montag, den 27. Mai, 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“, (Gedr. Arnold), Frankfurter Chaussee 5/6. Vortrag: Herr Jacobsen „Erziehung mit Prügel“.

## Vermischtes.

Der Eisenbahnsiskus zahlt nicht! Im Prozeß der Witwe des seinerzeit auf der Strecke Altona—Blanzensee im Eisenbahntunne er mordeten Zahnarztes Clauken gegen den Eisenbahnsiskus auf Zahlung einer Entschädigung von 3000 Mark vorbestimmte weiterer Ansprüche hat gestern das Altonaer Landgericht die Klägerin kostenpflichtig abgewiesen.

Niedergebrannte Wollwerg. Die Jachten- und Wollwerg von Chr. Scharfstein in Dierichsdorf ist nach tiefer Weidung in vergangener Nacht vollständig niedergebrannt.

Ein Leichenfund aus dem Jahre 1405. Aus Venedig wird berichtet: Bei den Restaurierungsarbeiten in der Kirche der Stadt entdeckte man die gut erhaltenen Leiche des Generals der Republik Paul Sabello, der im Jahre 1405 in Padua bei der Erstürmung der Stadt durch die Carrarenen gestorben ist. Die Kleider der Leiche sind sehr gut erhalten. Die Entdeckung ist historisch von großer Bedeutung.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskassette Westwallen, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Anzahl aller Verhältnisse beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. B. Wir erhielten von der Expedition der „Freien Presse“ zu Ströburg folgende Mitteilung: Von einer französischen Ausgabe der „Freien Presse“ war hier nie die Rede. Beachtenswert war nur die Gründung eines französischen Wochenschriftes. Infolge der Reichstagswahlen müßte jedoch der Plan zurückgestellt werden. Sicherlich wird er aber demnächst wieder in Erwägung gezogen werden müssen. — G. R. 31. Neben aufmerksamem Lektüre moderner Schriftsteller empfehlen wir bedingt Reiter-Rellen, Theorie des Romans und der Erzählkunst (Essen).

### Witterungsüberblick vom 23. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stations	Barometere	Wind	Wolke	Temper.	Stations	Barometere	Wind	Wolke	Temper.
Berlin	761,0	SW	1/2	13	Hannover	761,0	SW	2	10
Berlin	761,0	SW	1/2	13	Hannover	761,0	SW	2	10
Berlin	761,0	SW	1/2	13	Hannover	761,0	SW	2	10
Berlin	761,0	SW	1/2	13	Hannover	761,0	SW	2	10
Berlin	761,0	SW	1/2	13	Hannover	761,0	SW	2	10

Wetter-Prognose für Freitag, 24. Mai 1907. Warm und frisch heiter, aber veränderlich bei meist schwachen (ablichen) Winden; etwas Regen und Gewitterneigung.

### Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 23. Mai vorm. Höhe bei Null — 1 Meter, bei Dresden — 27 Sp. — Höhe bei Magdeburg 1,33 Meter, Reg. — Ober bei Rastow 1,50 Meter. — Ober bei Breslau — 0,50 Meter. — Ober bei Bielefeld 2,00 Meter. — Aufschwemmung 2,05 Meter.